



Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

11. Kammer. 16te Sitzung vom 15. Septbr.

Präsident: Graf v. Schwerin.

Eröffnung 12 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Am Ministertische: Graf v. Brandenburg, v. Lauenberg, v. Manteuffel, v. Strotha, Simons, v. Rabe.

Tages-Ordnung.

- 1) Fortsetzung der Wahlprüfungen.
 - 2) Aderweite Abstimmung über das Amendement der Abgeordneten Geppert und Genossen zu dem von der Kommission zur Prüfung der Verordnung vom 23. Mai d. J. gestellten Antrage.
 - 3) Bericht der Kommission für die Geschäfts-Ordnung über den dringenden Antrag der Abgeordneten Hesse (Brilon) und Genossen.
 - 4) Bericht der Kommission für das Justizwesen über die Anträge der Abgeordneten Schöpplenberg und Genossen und Schröder und Genossen.
- Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen. Neuwahl und eingegangene Urlaubsgesuche, welche letztere von der Kammer genehmigt werden. Darauf wird ein vom Präsidenten der ersten Kammer eingegangenes Schreiben verlesen, enthaltend die Ueberweisung der Beschlüsse jener Kammer über die Verordnung vom 18. Dezember v. J., betreffend die bürgerliche Erbfolge in Westfalen; ferner ein zweites Schreiben der ersten Kammer, betreffend die Verordnung vom 30. Mai d. J. in Bezug auf die Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer und den Termin für deren Einberufung. Ersteres wird der Justiz-Kommission, das andere Schreiben der Verfassungskommission überwiesen. Auch macht der Präsident Mitteilung, daß weitere Vorlagen in Betreff der deutschen Angelegenheit für die Kammer eingegangen seien. Dieselben werden der für diese Angelegenheit schon bestehenden Kommission überwiesen.

Minister-Präsident erklärt sich im Namen der Regierung damit einverstanden, daß diese Aktenstücke der gründlichsten Prüfung unterworfen werden und so zur Oeffentlichkeit gelangen.

Präsident theilt mit, daß er einen Vorschlag für die Ausgaben der Kammer in der Form eines Gesetzesentwurfes habe entwerfen lassen, und überweist denselben der dritten Abtheilung der Budget-Kommission, welche ohnehin mit der Prüfung der Ausgaben für die Kammern beauftragt ist.

Minister des Innern: In Verfolg der Mittheilungen über den Posener Belagerungszustand habe ich der hohen Kammer weiter anzuzeigen, daß das Staatsministerium beschloffen hat, denselben jetzt aufzuheben.

Die Tagesordnung führt zur nochmaligen Abstimmung über den Verbesserungs-Antrag Gepperts und Genossen zu dem von der Kommission zur Prüfung der Verordnung vom 23. Mai d. J. über die Befreiung der Verleitung von Militärpersonen zum Ungehorsam gestellten Antrag. Die Stimmzählung ergibt 145 für, 104 gegen denselben.

Referent Abg. Wallmuth verliest den Antrag der Kommission für die Geschäftsordnung über den dringlichen Antrag der Abg. Hesse und Genossen, betreffend die Vermehrung der Kommission für die Gemeinde-Angelegenheiten um 7 Mitglieder.

Die Kommission empfiehlt einstimmig der Kammer, über den vorliegenden Antrag in nachstehender Fassung zur motivirten Tagesordnung überzugehen.

In Erwägung: daß der Regierungs-Entwurf, betreffend die Gemeindeordnung, noch nicht eingegangen, daß, wenn dies der Fall sein wird, in der Geschäftsordnung kein Hinderniß liegt, über die Behandlung gedachter Vorlage sofort durch Plenarbeschluss zu entscheiden, geht die Kammer über den Antrag der Abgeordneten Hesse (Brilon) und Genossen, betreffend die Verstärkung der Kommission für die Gemeinde-Angelegenheiten, zur Tagesordnung über. Die Frage der Dringlichkeit erledigt sich hiernach von selbst.

Abg. Kühlewetter: Die Kommission für Geschäftsordnung hat sich mit der Frage wegen Vermeh-

rung der Kommission für das Gemeinwesen beschäftigt, ist aber zu dem entgegengesetzten Beschlusse von dem dieser letzteren Kommission gekommen. Diese Kommission unterstützt nämlich den Antrag auf ihre Verstärkung, wie sie der Abgeordnete Hesse beantragt hat. Einige Provinzen sind in derselben sehr schwach, Westfalen aber gar nicht vertreten. Die Kommission für Geschäftsordnung deutet darauf hin, daß es nicht an der Zeit sei, provinziellen Partikularismus zu fördern. Ich erkenne das als richtig; allein, wenn es sich um Ermittlung faktischer Zustände der Provinzen handelt, dann ist ihre möglichst gleichmäßige Vertretung wichtig, besonders in Gemeindefachen. Ich vermag den Werth des Grundes, eine Sache, die zweifelhaft ist, aufzugeben, nicht einzusehen. Wenn nun die Kommission für das Gemeinwesen noch keine öffentliche Vorlagen über die Gemeindeordnung erhalten, so liegen ihr doch andere, das Gemeinwesen betreffende sehr wichtige Gegenstände vor. Wenn es zweifelhaft sein sollte, die Gesetze in den Abtheilungen oder in der Kommission zu berathen, so bin ich zwar der Meinung, daß den Abtheilungen mehr Spielraum zu gewähren sei, als es geschehen, doch mit zwei Ausnahmen, der Verfassung und der Gemeinde-Ordnung auf welche das Land am meisten wartet. Die Kommission für das Gemeinwesen hat sich nicht verhehlt, daß, je größer die Kommission, desto schwieriger ihre Berathungen, aber in dem in Rede stehenden Falle sprachen ihr mehr und erheblichere Gründe für eine Verstärkung der Kommission, daher sie den Antrag des Abg. Hesse auf Verstärkung der Kommission für Gemeinwesen unterstützt.

Abg. Keller bemerkt, daß sich die Diskussion nicht in dem Geleise der Geschäftsordnung bewege, nach welcher bei der Berathung eines dringlichen Antrages vorerst der Antragsteller für und ein Redner gegen die Dringlichkeit gehört, demnach die Frage der Dringlichkeit durch Abstimmungen entschieden, und erst nach anerkannter Dringlichkeit die materielle Diskussion eröffnet werden solle.

Der Präsident pflichtet dem bei und eröffnet die Diskussion über die Dringlichkeit.

Abg. Hesse motivirt die Dringlichkeit seines Antrages, indem er besonders hervorhebt, daß durch die Vermehrung der Fachkommission die Berathung in den Abtheilungen abgekürzt werde.

Die Dringlichkeit wird anerkannt und die Diskussion über den materiellen Inhalt des Antrags eröffnet.

Abg. Riedel: Die Vertretung der Provinzen in der Fachkommission für das Gemeinwesen, hat nach meiner Meinung keinen Sinn. Ein Anderes würde freilich sein, wenn die verschiedenen Kommunal-Verhältnisse der Provinzen zur Grundlage einer neuen Kommunal-Organisation gemacht werden sollten. Dann aber würden bei der Mannigfaltigkeit dieser Verhältnisse noch viele andere Unterabtheilungen in der Kommission zu machen sein. Ich bin keineswegs der Meinung, daß die Kommission für das Gemeinwesen sich mit der Gemeinde-Ordnung zu befassen habe. Die Gemeindeordnung ist einer der Hauptgegenstände, welche unserer Berathung vorliegen, ja, ich stelle die Gemeindeordnung höher als die Verfassung selbst, weil sie die Grundlage unseres politischen Lebens ist. Daher werde ich zu seiner Zeit den Antrag stellen, die Gemeindeordnung in die Abtheilungen zu verweisen und bin der Meinung, über den Antrag des Abg. Hesse zur Tagesordnung überzugehen.

Nachdem der Referent die Motive des Kommissionsantrages noch einmal vertheidigt hat, wird dieser angenommen.

Die Versammlung geht zur Berathung der beiden Anträge von Schöpplenberg und Genossen und von Schröder und Genossen, betreffend Sportelwesen u. dgl., über.

Abg. v. Brauchitsch, als Referent der Justiz-Kommission, liest den Bericht.

In dem Bericht heißt es: Es liegen der Kommission für das Justizwesen zu gleicher Zeit zwei Anträge vor, welche das Gerichts-Sportelwesen betreffen, und es ist daher angemessen erschienen, die Berichterstattung über Beide in einen Vortrag zusammen zu ziehen.

1) Der Abgeordnete Schöpplenberg und Genossen haben den dringenden Antrag gestellt, die hohe zweite Kammer

wolle beschließen, der Krone nachstehendes Gesetz zur Genehmigung vorzulegen:

„Soweit die Gebühren-Taxe vom 23. August 1845 noch zur Anwendung kommt, ist bis zur Revision der Sportel-Gesetzgebung bei den Appellations-Gerichten nach der Gebühren-Taxe für Obergerichte, bei den Kreis- und Stadtgerichten, sowie bei den Einzelrichtern nach der Taxe für sämtliche Untergerichte zu liquidiren. Die im § 29 der Verordnung vom 2. Januar 1849 enthaltene Bestimmung, daß bei Kreis- und Stadtgerichten nach der Gebührentaxe für Untergerichte in großen Städten zu liquidiren, wird hiermit aufgehoben.“

2) Der Antrag des Abgeordneten Schröder und Genossen ist dahin gerichtet: die zweite Kammer wolle beschließen, daß die Regierung ersucht werde:

den Gesetz-Entwurf über das Sportelwesen und über die Trennung der Salarien-Kassen-Verwaltung von den Gerichten, sowie den Entwurf der neuen Sportel-Taxe baldigst und so zeitig den Kammern vorzulegen, daß die Revision dieser Gesetze noch mit der Revision der Gesetze vom 2. und 3. Januar d. J. verbunden werden kann.“

Es ist nicht zu verkennen, daß die volle Gewährung des zuletzt aufgenommene Antrages den ersteren entbehrlich machen würde, und es erscheint daher die Zusammenziehung beider in einen Bericht um so mehr gerechtfertigt.

Die Kommission sieht sich veranlaßt, ihren Antrag dahin zu richten:

Die hohe Kammer wolle beschließen:

1) daß die königliche Regierung ersucht werde, den Entwurf eines Gesetzes über das Sportelwesen und den Sporteltarif, so wie über die Trennung der Sportel- und Salarien-Kassen-Verwaltung von den Gerichten, baldigst den Kammern vorzulegen;

2) und daß daher über den Antrag des Abgeordneten Schöpplenberg und Genossen zur Tagesordnung überzugehen sei.

Der Justizminister: Im März d. wurde von meinem Vorgänger ein Entwurf über das Sportelwesen veröffentlicht, welcher als Grundlage meiner Verhandlungen über diesen Gegenstand mit dem Herrn Finanzminister diente. Die Regierung wird nicht ermanngeln, sobald dieser Gegenstand geordnet ist, die nöthigen Vorlagen zu machen, was hoffentlich noch in dieser Session geschehen wird.

Präsident: Es ist auf Tagesordnung angetragen. Ein Redner hat das Wort für, einer dagegen. (Abg. Schröder zieht nach den Erklärungen des Justiz-Ministers seinen Antrag zurück.)

Nun ist ein Antrag auf Tagesordnung über den Antrag des Abg. Schöpplenberg und Genossen eingegangen.

Abg. Schöpplenberg: Nach den Erklärungen des Herrn Ministers und in der Hoffnung, daß ein Gesetz über das Sportelwesen noch in dieser Session vorgelegt werde, ziehe ich meinen Antrag zurück.

Präsident: Hiermit wäre der Gegenstand und überhaupt die heutige Tagesordnung erledigt. Ich kann der hohen Kammer die angenehme Mittheilung machen, daß die Verfassungskommission mit der Berathung der Verfassung bis auf den Titel über die Kammern fertig ist. (Bravo!) Auch befindet sich schon Tit. III. unter der Presse. Ich glaube daher, daß ich schon für den nächsten Mittwoch die erste Sitzung für die Berathung der Verfassung im Plenum ansehen kann. Auch werden andere sehr wichtige Kommissionsberichte bald fertig sein, so daß es uns an Stoff zu Sitzungen nicht fehlen wird. Ob wir nun zunächst nur die Verfassung oder dieselbe im Wechsel mit andern Gegenständen zur Berathung ziehen, darüber werde ich mir in nächster Sitzung ihren Beschluß erbitten.

Abg. v. Kleist-Resow: Nach den letzten Worten des Präsidenten würde in der nächsten Sitzung die Verfassung zur Berathung kommen. Da dieselbe jetzt auch in der ersten Kammer vorliegt, so beantrage ich, hier diese Berathung erst zu beginnen, wenn die erste Kammer weiter vorgeschritten ist.

Präsident: Formell kenne ich keinen Grund dafür, nicht hier und in der ersten Kammer gleichzeitig die Verfassungs-Berathung vorzunehmen. Die Verfassungskommission hat aber auch den Wunsch ausgesprochen, sofort mit der Berathung im Plenum zu beginnen, da hier mit einem Theile begonnen werden soll, der in der ersten Kammer noch nicht vorgelegen.

Abg. Kühlewetter: Die Verfassungskommission hat gerade vorgeschlagen, was das geehrte Mitglied für Stargardt-Schievelbein nicht will, um Gelegenheit

zu gegenseitiger Ausgleichung zu geben. Leicht könnten sonst noch 6 Wochen vergehen, ehe wir zur Verfassungs-Revision kommen, was vor dem Lande nicht zu verantworten ist.

(Bravo!)

Präsident stellt die Frage: ob in nächster Sitzung mit der Verfassungsberatung der Anfang gemacht werden soll, was mit großer Majorität angenommen wird.

Schluß der Sitzung 1½ Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Berlin, 15. September. Se. königl. Hoheit der Prinz Adalbert ist von Erfurt wieder hier eingetroffen. — Ihre königl. Hoheit die verwitwete Frau Herzogin und Ihre Hoheit die Prinzessin Helene von Nassau sind von Warschau hier angekommen.

Abgereist: Se. Excellenz der General-Lieutenant, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am kais. russ. Hofe, von Kochow, nach Renshausen. — Se. Excellenz der anhalt-deßauische Staats-Minister von Plöb, nach Dessau. — Der wirkliche geheime Ober-Regierungsrath und Direktor im Ministerium des Innern, von Puttkammer, nach Pommern.

Berlin, 15. Septbr. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem großherz. bad. Obersten Freih. v. Röder-Diersburg und dem großherz. badenschen Oberstlieut. Hilpert den rothen Alerorden dritter Kl. mit Schwertern, desgl. dem Unteroffizier Schneider vom 29. Infanterie-Regiment und dem Bombardier Preuß von der ersten Artilleriebrigade die Rettungs-medaille am Bande zu verleihen.

Se. Majestät der König haben den nachbenannten Offizieren und Militärbeamten die Anlegung der von des Großherzogs von Baden königl. Hoheit ihnen verliehenen Auszeichnungen allergnädigst zu gestatten geruht, und zwar: des Kommandeurkreuzes mit dem Stern des Militär-Karl-Friedrich-Verdienst-Ordens den General-Lieutenant Grafen v. d. Gröben, v. Hirschfeld, v. Peucker, v. Holleben und v. Scharnhorst; des Kommandeurkreuzes des Militär-Karl-Friedrich-Verdienst-Ordens den Majors v. Koon und Hirschfeld vom Generalstabe; des Ritterkreuzes des Militär-Karl-Friedrich-Verdienst-Ordens dem Oberstlieutenant Graven Pückler, aggregirt dem 3. Bataillon (Havelberg) 24. Landwehr-Regiments, dem Major v. Uvensteben vom Generalstabe, dem Major v. Wangenheim vom 29. Infanterie-Regiment, dem Major und Flügel-Adjutanten v. Hiller, dem Hauptmann v. Boyen von der Adjutantur, dem Hauptmann v. Bergh von der Adjutantur und dem Hauptmann v. Göben vom Generalstabe; des Großkreuzes des Ordens vom Zähringer Löwen den General-Majors v. Schack, v. Brun, v. Sölln und dem Major Prinzen Alexander zu Solms-Braunfels, Kommandeur des 3. Husaren-Regiments; des Kommandeurkreuzes mit dem Stern des Ordens vom Zähringer Löwen dem Obersten v. Brandenstein, Kommandeur des 38. Infanterie-Regiments; des Kommandeurkreuzes mit Eichenlaub des Ordens vom Zähringer Löwen dem Obersten v. Scheel vom Ingenieur-Korps; des Kommandeurkreuzes des Ordens vom Zähringer Löwen dem Major v. Hiller, aggregirt dem 1sten Garde-Ulanen (Landwehr-) Regiment, dem Major z. D. v. Stechow, dem Intendantur-Rath Loos von der Intendantur des Garde-Korps und dem General-Arzt Dr. Richter vom General-Kommando des 8. Armeekorps; des Ritterkreuzes mit Eichenlaub des Ordens vom Zähringer Löwen dem Hauptmann Jacobi von der Adjutantur, dem Rittmeister v. Borstell von der Adjutantur, dem Premier-Lieutenant Röhrer vom Ingenieur-Korps, dem Premier-Lieutenant v. Reichenbach vom 24. Infanterie-Regiment, dienstleistenden Adjutanten bei der 5. Division, dem Secunde-Lieutenant Laube, aggregirt der 4. Artillerie-Brigade, dem Secunde-Lieutenant Prinzen von Croÿ-Dülmen vom Regiment Garde du Corps und dem Justizrath Schlitte, Auditeur der 6. Division; des Ritterkreuzes des Ordens vom Zähringer Löwen den Secunde-Lieutenant v. Wrede vom 6. Ulanen-, Foltrichs vom 16. Infanterie-Regiment, Bock vom 3. Bataillon (2. Berlin) 20. Landwehr-Regiments und dem Secunde-Lieutenant Brandt vom reitenden Feldjäger-Korps.

Das 33te Stück der Gesessammlung enthält unter Nr. 3165 den allergnädigsten Erlaß vom 13. Aug. d. J., betr. die Verleihung der Befugniß zur Erhebung des Chausseegeldes auf der für Rechnung der Stadt Berlin erbauten Kunststraße vom Rosenthaler Thore bei Berlin über den Gesundbrunnen und Reineckendorf zum Anschlusse an die Berlin-Strelitzer Chaussee; Nr. 3166 desgl. von demselben Tage, betreffend die den Gemeinden Breitenworbis u. in Bezug auf den Chausseebau zwischen Breitenworbis und Mackenrode bewilligten fiskalischen Vorrechte; ferner Nr. 3167 die

allergnädigste Befestigungsurkunde vom 28. dess. M. über einige Abänderungen des Statuts der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft; Nr. 3168 die Bekanntmachung vom 31. dess. M., betr. den Beitritt der herzoglich anhalt-köthenschen Regierung zu dem Münz-Kartel vom 21. Oktober 1845 und Nr. 3169 desgl. vom 4. September, über die unterm 6. August d. J. erfolgte Bestätigung der Statuten der Neustadt-Eberswalde-Derberger Chausseegesellschaft.

Angekommen: Se. Excellenz der wirkliche geh. Rath, Freih. v. Arnim, von Neuwied.

Abgereist: Der Fürst Heinrich zu Carolath-Beuthen, nach Frankfurt a. d. O. Se. Exc. der wirkliche geh. Rath Camphausen, nach Köln.

[Militär-Wochenblatt.] Wertens, Hauptmann von der 2. Ing.-Insp., geht zum Fortif.-Dienst über. Theinert, Hauptm. von der 2. Insp., zum Komdr. der 2. Komp. 3. Pion.-Abth., Heyke, Rutsch, Schumann, P. Fähnrs. von der 2. Ing.-Insp., zu agr. Sek.-Kts. mit Inf.-Gehalt ernannt. v. Willisen, General-Major à la Suite, zum Komdr. der 13. Kav.-Brig. ernannt. v. Pfuhl, Major vom 11. Husaren-Regt., zum int. Komdr. des 5. Husaren-Regt. ernannt. v. Below, Rittm. vom 4. Hul.-Regt., als etatsm. Major ins 5. Husaren-Regt. versetzt. Clawiter, Major vom 11. Inf.-Regt., zum etatsm. Stabsoffizier ernannt. Blumenthal, Oberst a. D., zuletzt Komdr. des 19. Inf.-Regts., der Char. als Gen.-Major verliehen. v. Kleist-Regow, Major vom 5. Hul.-Regt., als Oberstlieut. mit der Regts.-Unif. mit den vordr. Abz. f. B. u. Pension in den Ruhestand versetzt. Möhli, Lazareth-Insp. 2. Kl. in Glogau, zum Lazareth-Insp. 1. Klasse befördert. Riese, Intend.-Sekr. bei der Intend. des VI. Armeekorps, zu der des Garde-Korps versetzt.

C. B. Berlin, 15. Sept. [Vermischte Nachrichten.] Die Forderung der Rhedereien der Ostsee-Provinzen an Entschädigung für die ihnen durch den dänischen Krieg erwachsenen Verluste wird schon Montag Gegenstand der Erörterung der ersten Kammer sein. Die Kommission der Kammer empfiehlt die Abgabe der Angelegenheit und der auf dieselbe bezüglichen Petition der Kaufmannschaft zu Königsberg an das Ministerium für Handel und Gewerbe. Der Abgeordnete Goldammer, der sich der Sache annehmen zu wollen scheint, fordert eine spezielle Empfehlung derselben auch an das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten gelangen zu lassen, damit die auf Ersatz eines wirklich gehaltenen Schadens gerichteten Forderungen entweder bei den Friedensunterhandlungen mit Dänemark von diesem, oder von der deutschen Centralgewalt auf Kosten des deutschen Bundes übernommen und berichtigt werden. — Die deutsche Partei in der zweiten Kammer hat Aussicht, sich um eines ihrer hervorragendsten Mitglieder, eine Notabilität des Frankfurter Parlaments, zu vermehren. An Stelle des kürzlich an der Cholera gestorbenen Abg. Zimmermann aus Hettstedt hofft man die Neuwahl auf Beseler von Greifswald zu lenken. — Die Vereidung des Heeres auf die Verfassung beschäftigt unsere Offiziere in hohem Grade. Bemerkenswerth ist die Argumentation eines hohen Offiziers, des bekannten Obersten von Griesheim, in einer der Vereidungsfrage gewidmeten Abhandlung. Er tadelt den Grafen Arnim, daß dieser die Verheißung des Königs einen politischen Fehler nennt. Die Verheißungen, sagt Herr v. Gr., waren ein Bedürfniß ihrer Zeit; das Bedürfniß der Gegenwart ist, sie nicht zu erfüllen. — Die kürzlich von uns gemeldete Ausweisung des Kreisrichters von Zikewitz soll, wie uns mitgetheilt wird, lediglich auf einem Scherz eines früheren Amtsgenossen des genannten Herrn beruhen. — Das Ministerium für Handel und Gewerbe hat die Corporation der Kaufmannschaft veranlaßt, die Pariser Gewerbe-Ausstellung mit mehreren Technikern zu beschicken und dies Unternehmen auch selbst unterstützt. Die dorthin entsendeten Herren Neubrink, Reichenheim und Zimmermann sind jetzt zurückgekehrt und die von ihnen erworbenen Muster und Modelle zur allgemeinen Kenntnisaufnahme vom 17ten d. M. ab von 10—2 Uhr in der Börsen-Registratur ausgestellt.

AZC. Berlin, 15. Septbr. [Tagesbericht.] In vielen Kreisen trifft man bereits lebhaftere Vorbereitungen, um den Geburtstag des Königs, welcher bekanntlich am 15. Oktober ist, in diesem Jahre besonders würdig und festlich zu begehen. — Die Prinzessin von Preußen hatte vor einigen Tagen wieder einen sehr bedeutenden Wechsel-Fieberanfall, der Besorgniß erregte. Heute befindet sich die hohe Frau wieder in einem leidlichen Zustande. Im Fall der Prinz von Preußen aus politischen Gründen in den nächsten Monaten noch nicht zurückkehren sollte, wird dieselbe wahrscheinlich mit ihrem Gemahl den Winter in Frankfurt a. M. verleben. Beide werden indeß daselbst alsdann nur einen sehr kleinen Hofstaat halten. — Die jüngst erfolgte Herkunft des Senators Dr. Röck aus Lübeck scheint sich auf den Anschluß jener Seestadt an die Dreikönigsverfassung zu beziehen. — Man erzählt sich von dem kommandirenden General v. Wrangel, daß derselbe die, unter seinem Befehle stehenden Soldaten jüdischen Glaubens unlängst aus freiem Antriebe in sehr herzlicher Weise aufgefordert habe, ihre am 17. d. M. beginnenden hohen Festtage mit ihren andern Glaubensgenossen feierlich zu begehen, unter dem Beifügen, daß er sie deshalb,

während dieser hohen Feiertage des Dienstes dispensire. — Der vor Kurzem zur Disposition gestellte General-Major v. Willisen ist nach dem heutigen Militär-Wochenblatt zum Kommandeur der 13. Kavallerie-Brigade ernannt und zugleich mit dem Militär-Verdienstorden geschmückt worden. Derselbe ist in der Rangliste als General à la Suite des Königs unter den Flügel-Adjutanten der Kavallerie aufgeführt. — Wir haben bereits früher gemeldet, daß zahlreiche Anträge, namentlich von Aldenhoven, Hartmann und Andern eingelaufen seien, welche den Zweck hätten, das Jagdgesetz v. 31. Oktober v. J. einer Revision zu unterwerfen. Die Anträge haben den gemeinsamen Zweck, die Ausübung der Jagd keine unbeschränkte sein zu lassen, sondern an den Besitz eines gewissen Länderkomplexes zu knüpfen und eventuell denselben durch Zusammenlegen herbeizuführen. Wie weiter mitgetheilt, hat später der Abgeordnete Graf Willers, dieser Frage dadurch eine erweiterte Wendung gegeben, daß er in dem von ihm gestellten Antrage, eine gleichzeitige Entschädigung der jagdberechtigten Grundbesitzer vor dem 31. Oktober verlangt. Diese Entschädigung soll in zwei Dritteln des Jagdwerthes der Jagd bestehen, welche dem früheren Jagdberechtigten 25 Jahre gezahlt wird. — Die verschiedenen Fraktionen der zweiten Kammer haben sich in der letzten Zeit in kleinen und größeren Kreisen bereits lebhaft mit jener Frage beschäftigt; indes hat man sich dabei überzeugen müssen, daß die Ansichten außerordentlich getheilt sind. Man stimmt darin allseitig überein, das Jagdgesetz vom 31. Oktober als einen schweren Eingriff in das Eigenthum, und somit als den ersten Schritt auf einer Bahn zu bezeichnen, welche unter allen Umständen zu verlassen sei. Wenn indes die Einen folgern, das der neue im Wege eines sittlichen Unrechts zu seinem Jagdbesitz gelangte Berechtigte, den alten Berechtigten nachträglich zu entschädigen habe, so machen die Andern geltend, daß nichts desto weniger das Jagdgesetz vom 31. Oktober durch das verfassungsmäßige Zusammenwirken der damaligen gesetzgebenden Gewalten vollständiges formelles Recht geworden sei, und daß es nur einen neuen Eingriff in das Eigenthum begehen hiesse, wenn man dies abermals antastete. Es sei dieser Eingriff um so zweifelhafter, wenn man erwäge, daß das durch das Gesetz v. 31. Oktbr. erworbene Jagdrecht im Wege der Veräußerung vielleicht schon in die zweite Hand übergegangen sei, welche durch den Entschädigungs-Anspruch in ihrem wohlverworbenen Recht abermals gekränkt werde. Dies hiesse so sehr alle Rechtsicherheit auflösen, daß darüber der Schade der früheren Jagdberechtigten nur als geringeres Uebel anzusehen sei. Diese Gründe sind in der That so überwiegend, daß man kaum annehmen darf, die Majorität der Kammer werde dawider sein. Es bleibt dann für die früheren Berechtigten nur noch die Aussicht, daß der Staat sie entschädige. Eventuell wird man zwar darauf besondere Anträge richten, indes läßt sich auch dabei nicht verkennen, daß, wie gewichtige Argumente einer solchen Entschädigung das Wort reden möchten, dennoch die Geneigtheit des Finanzministers, zumal in jetziger Zeit eine so bedeutende neue Last auf die Staatskasse zu nehmen, sehr zweifelhaft erscheint. — Bei der Hasenhaide haben seit Kurzem die Pionniere täglich Exercitien. Diefelben bestehen in Auffperrung von Minen, Aufwerfung von Schanzen und Abstechen von Lagern. Besonders interessant ist eine lange, mit Körben versehene Schanze, woran jetzt gearbeitet wird, wie auch mehrere Vorrichtungen verschiedener Art, welche das Herannahen der Kavallerie zu verhindern bezwecken. — Die in diesem Jahre hier grassirende Cholera, gegen welche zum Destern die Wasserheilmethode mit Erfolg angewendet sein soll, hat diese Heilkur so stark in Aufnahme gebracht, daß die hier bestehende Wasserheilanstalt in der Kommandantenstraße, welche im vorigen Jahre aus Mangel an Theilnehmern sich nur mit Opfern der Aktionäre aufrecht zu erhalten vermochte, für den diesjährigen Zuspruch nicht mehr ausreichend ist. Da dieselbe außerdem wegen einiger Mängel die Mitglieder nicht vollkommen befriedigt, so hat sich eine neue Aktien-Gesellschaft gebildet, um in der Blumenstraße eine zweite Wasserheilanstalt anzulegen. Die nothwendigen Bauten sollen nach einem bereits entworfenen Plan mit nächstem in Angriff genommen werden. Außerdem spricht man davon, daß Seitens des Staates projektirt wird, eine solche Anstalt in größerem Maßstabe zu gründen. — Der hiesige, bekanntlich im Jahre 1844 aus Anlaß der großen deutschen Gewerbeausstellung gestiftete, aber nach endlosen Kämpfen mit der bürokratischen Engherzigkeit des vormärzlichen Polizeistaates, erst im Jahre 1847 bestätigte Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen hat neuerdings eine Eingabe an den Handelsminister beschlossen, um von demselben die zweite Hälfte des durch Kabinettsordre vom 25. Oktober 1844 für die Zwecke des Vereins zugesagten Gnabengeschenks von 15,000 Rth. zu erbitten. Wir erfahren dabei, daß das Vermögen des Vereins vom November 1844 bis zum 1. August 1849 sich auf 11,442 Rth. 25 Sgr. 7 Pf. ansammelte. Die Wei-

träge im ersten Jahre beliefen sich auf 2464 Rtl. 15 Sgr.; dagegen betragen sie für 1849 erst 460 Rtl. 15 Sgr. Dieser Abstand erklärt sich jedoch leicht aus der Verschiedenheit der Zeiten. Im ersten Jahre war das Interesse ein allgemeines, wesentlich auf einen Punkt konzentriertes. Im Laufe der spätern Jahre, wo der Verein unter den behördlichen Verwickelungen vollständig in der Schwebe erhalten wurde, erkaltete es und konnte gegenwärtig, wo theils die politischen Verhältnisse, theils die Bildung zahlloser, gleichartiger Vereine zerstreuen einwirkten, nicht wieder zu der früheren einheitlichen Höhe gesteigert werden. Indes ist doch die Wirksamkeit des Vereins keine unbedeutende gewesen, wie sich aus dem obigen Einnahme-gegenüberstehenden Ausgabe-Etat ergibt. Es wurden etwa in gleicher Zeit an Verwaltungen, Druck u. Kosten 847 Rtl. 8 Sgr. 3 Pf., an zinsfreien Vorschüssen für Lokalvereine 2500 Rtl., an gewährten Unterstützungen für Lokalvereine 1275 Rtl., in Summa 4622 Rtl. 8 Sgr. 3 Pf. verausgabt. Hiernach bleibt ein Kassenbestand von 6820 Rtl. 17 Sgr. 4 Pf. Bemerkenswerth ist noch, daß, während bei der Gründung des Vereins die einflussreichsten Stimmen nur dahin strebten, denselben auf die Bildung von Spar-Prämien-Kassen zu beschränken, wodurch man insbesondere die weitergehenden „utopischen Träumereien der Literaten“ auf den praktischen Boden zurückzuführen zu wollen erklärte, der gegenwärtige Vorstand an der Hand der gemachten Erfahrungen, keinesweges gleich günstig über jene Spar-Prämien-Kassen gestimmt sei, und dies auch dem Minister ausgesprochen haben soll. — Am 24. d. M. tritt hier ein Kongreß der sämtlichen Vertreter der Handwerker-Innungen der Provinz Brandenburg zusammen. — Mit Ablauf dieser Woche gestaltet sich der Cholera-Rapport vollständig also: bis gestern Mittag waren als an der Cholera erkrankt gemeldet 4731, Zugang bis heute Mittag 75, Summa 4806 Personen. Davon sind genesen 1350, gestorben 3035, in Behandlung geblieben 421. Unter den 75 Neuerkrankten waren 40 Todesfälle. Die große Zahl der neuen Erkrankungen scheint zwar wieder eine Folge des gestrigen nasalkalten Wetters zu sein; man meldet uns aber dabei, daß sich darunter 22 Fälle befänden, die in Folge unregelmäßiger Meldungen aus früheren Tagen erst diesmal mit aufgenommen seien.

C. C. Berlin, 15. Septbr. [Die bayerische Thronrede. Der Bundesstaat ohne Baiern und Württemberg.] Bei der unabhängigen bayerischen Presse hat die Thronrede fast durchgehend eine ungünstige Aufnahme gefunden. Namentlich sind die Urtheile der vielverbreiteten Münchener Volksblätter sehr hart. Die Volksbötin sagt: „Die Thronrede wurde durch kein Bravo unterbrochen, denn bei den besseren Stellen nahmen die schwarzen Brüder Aergerniß, wenn auch nur an bloßen Worten, und die Freunde der Freiheit glaubten andererseits sich eben über bloße Worte nicht freuen zu dürfen.“ Der bayerische Eilbote bemerkt: „Die Thronrede hat den gerechten Forderungen des Landes nicht entsprochen. In der deutschen Frage ist ein Gefühl, eine Hoffnung (— das berühmt gewordene „Vorschweben“ der österreichischen Note) hingeworfen, sonst nichts; aber zwei Dinge gehen aus diesen mystischen Worten hervor, daß die bayerische Regierung in ihrem sogenannten Vermittleramt durchgefallen und daß der von ihr eingeschlagene Weg, wenn von allen betreten, nur zum Bundestag führen kann; denn so allein werden alle deutschen Stämme ohne Bevorzugung einzelner umfasst.“ Eben so wird der Passus wegen der Amnestiefrage getadelt. — In Bezug auf die deutsche Frage müssen wir dem Urtheil des Eilboten über die notwendige Konsequenz der v. d. Pfordten'schen Politik beistimmen. Wir müssen aber auch gestehen, daß dem bedrängten Staatsmann kein anderer Ausweg offen blieb, als in schonender Wendung die letzte Perspektive, — die Isolierung Baierns und ein österreichisch-bayerisch-württembergisches Kleindeutschland als Staatenbund gleichberechtigter Glieder nach dem alten Zuschnitt von Anno 1815, — möglichst in Fernsicht zu verhalten. — Die Stellung des übrigen enger verbündeten Deutschlands zu Baiern ist fortan seit dessen definitiv ablehnender Erklärung klarer und sicherer hingestellt. Es ist kein Grund mehr zu gereizter Polemik, mit der in letzterer Zeit die Geister und Ungeister der beiderseitigen Presse auf einander geplagt sind. Der engere Bundesstaat hat kein Interesse mehr, Baiern zum Beitritt zu drängen; des Bundesstaates Existenz und seine Lebensfähigkeit hängt nicht mehr von dem Zutritt zweier süddeutscher Staaten ab, seitdem die englische und französische Politik unverkennbar sich dahin neigt, das Zustandekommen des engeren Bundesstaates unter Preußens Vorstandschaft als eine entscheidende Frage des europäischen Gleichgewichts zu betrachten. Anders wenigstens wissen wir die entscheidende Parteinahme des Globe, des Organs von Lord Palmerston, und neuerlich die gewichtige Stimme des Journals des Débats, nicht zu deuten. Der engere Bund muß im Gegentheil unseres Erachtens sich Glück

wünschen, daß sein nächster Reichstag unbeschickt bleibt von Baiern, wo so eben noch alle Interessen und Leidenschaften aufgeregt und angefaßt worden sind, die gegen das Ziel der Einheit sich nutzen lassen möchten, — und unbeschickt von Württemberg, wo der Kampf zwischen der Demokratie und dem Bedürfnis eines festeren Staatsorganismus immer noch nicht zum Austrag gekommen ist. Mögen die Stämme des nördlichen und westlichen Deutschlands, die aufrichtig und in Einigkeit mit ihren Regierungen den Bundesstaat anstreben, weil sie in ihm den einzigen Weg zu Deutschlands Wohlfahrt und Größe erkennen, — mögen diese sich erst fest gliedern und anschließen und auf dauernde Institutionen die deutsche Einheit und Freiheit begründen, — wenn dann die geschichtliche Nothwendigkeit einft auch Baiern und Württemberg zum Beitritt drängt, dann sollen sie willkommen sein in dem wohlgeimmerten und wohlgegerichteten Hause, zu dem sie uns heute vielleicht nur schlechte Bausteine und schlechten Mörtel zutragen möchten. Preußens Ziel ist bei dieser Aufgabe unerrückbar vorgezeichnet, und die Debats vom 11. September sagen mit Recht am Schlusse ihres Artikels: „Die Frage der deutschen Einheit hat jetzt eine andere Wendung genommen. Es handelt sich nicht mehr um ein unmögliches Ideal dieser Einheit. Wenn aber die mögliche und vernünftige Einheit nicht auf die eine oder die andere Weise zu Stande kommt, so hat Preußen seine Pflicht gegen Deutschland gebrochen. Wir wünschen der Kammer und dem preußischen Ministerium Glück zu der lobenswerthen Eintracht, mit der sie sich anstrengen, endlich zur Lösung zu gelangen.“

[Die deutsche Frage.] Dem Drei-Königs-Bunde sind nun sämtliche deutsche Staaten beigetreten, mit Ausnahme Oesterreichs, Baierns und Württembergs; die Stadt Frankfurt will ihren Beitritt zwar an die Bedingung knüpfen, daß der deutsche Reichstag in ihren Mauern abgehalten werde; obwohl hierauf nimmermehr eingegangen werden kann, so ist doch alle Aussicht auf den Beitritt der Stadt vorhanden. — Ueber die provisorische Centralgewalt hat noch keine Einigung stattgefunden. Oesterreich macht den Vorschlag, daß für den Fall einer Meinungsverschiedenheit mit Preußen ein Obmann aus der Mitte der vier kleinen Könige gewählt werden solle, in der Hoffnung, Baiern und Württemberg sicher auf seiner Seite zu haben und Hannover noch zu sich herüber zu ziehen, so daß Preußen mit Sachsen allein stände. Preußischerseits wird dagegen verlangt, es solle der Obmann von sämtlichen Fürsten gewählt werden. — Das Reichsministerium hat in seiner großen Geldverlegenheit sich damit zu helfen gesucht, daß es die Vorräthe zu Mainz zu verkaufen anfing, was möglich war, da der dortige Oberbefehlshaber ein Oesterreicher ist. Der preussische Kommandeur hat darüber hierher berichtet, und es sind Schritte gethan, um diesem Ausverkauf Einhalt zu thun. — Eine von Rußland eingegangene Note fordert die Ordnung der deutschen Angelegenheit durch einen Congreß aller derjenigen Mächte, welche die Bundesakte unterschrieben und gewährleistet haben. Es ist aber Grund anzunehmen, daß das preussische Ministerium seinen in der deutschen Sache eingeschlagenen Weg unverrückt verfolgen, daß es zwar keinen Artikel der Bundesakte verletzen, aber auch wo keine ausdrückliche Bestimmung entgegensteht, so weit als möglich gehen wird, um den Bedürfnissen der Zeit und dem Drange der Nation nach Einheit Genüge zu leisten. — Preußen besteht darauf, daß die gegenwärtig in einem hannoverschen Hafen befindliche deutsche Flotte in dem Hafen von Danzig überwintern solle. (Voss, 3.)

A. Z. C. Berlin, 16. Sept. [Kammer-Angelegenheiten. Verschiedenes.] Der Bericht des Centralausschusses der ersten Kammer über Titel II. Art. 32 — 37 der Verfassungsurkunde, welcher, wie wir bereits gesagt haben, in morgiger Sitzung der ersten Kammer zur Berathung kommen wird, hat mehrfache Verbesserungsanträge hervorgerufen. Namentlich gehen dieselben die Bürgerwehr an. Der Abg. Kisker will Art. 35 setzen: „Die Einrichtung der Bürgerwehr wird durch ein besonderes Gesetz geregelt,“ weil das bestehende Bürgerwehrgesetz durch Kammerbeschluß bereits suspendirt sei. Der Abg. du Bignau und Genossen wollen folgende Fassung des Art. 35: „Die Einrichtung der Bürgerwehr wird durch ein besonderes Gesetz geregelt. Ihre Bestimmung ist, Personen und Eigenthum zu schützen und dem Heere zur Aushilfe zu dienen.“ Das umfassendste Amendement hat der Abg. Seeger. Es bezieht sich auf die Artikel 33 und 35. Er will folgende Sätze: „Die bewaffnete Macht besteht aus a. dem Heere, b. dem allgemeinen Heerbann. Das Heer umfaßt die Linie und Landwehr. Zum allgemeinen Heerbann gehören eine Stadtwehr und der Landsturm. Der Heerbann hat den Zweck, Personen und Eigenthum zu schützen und nöthigenfalls dem Heere zur Aushilfe zu dienen.“ — In der zweiten Kammer ist soeben eine Nachweisung der verschiedenen Kommissionen und ihrer Mitglieder erschienen. Man ersieht daraus, daß die Kammer bis jetzt

XVI. ständige Kommissionen, von je 14 Mitgliedern gebildet hat. Nämlich: 1) Für die Geschäftsordnung, Vorsitzender v. Auerswald. 2) Für Petitionen, Vorf. v. Seckendorff. 3) Für die Agrarverhältnisse, Vorf. Aldenhoven. 4) Für Handel und Gewerbe, Vorf. v. Biebahn. 5) Für Finanzen und Zölle, Vorf. Lensing. 6) Für das Justizwesen, Vorf. Müller. 7) Für das Gemeinwesen, Vorf. Kühlwetter. 8) Für das Unterrichts- und Erziehungs- und Schulwesen, Vorf. Landfermann. 9) Zur Prüfung der Belagerungs-Zustände, Vorf. Graf v. Arnim. 10) Zur Begutachtung der Verordnung über das Disciplinar-Verfahren gegen Beamte, 11) für Verfassungs-Revision, Vorf. Kühlwetter. 12) Zur Prüfung der Verordnungen über den Belagerungs-Zustand, über Vereinigungsrecht u. s. w., Vorf. v. Auerswald. 13) Zur Begutachtung der ministeriellen Vorlagen über die deutsche Verfassungs-Angelegenheit, Vorsitzender v. Patow. 14) Zur Untersuchung des Nothstandes der Weber und Spinner, Vorf. Harkort. 15) Zur Begutachtung der ministeriellen Vorlagen über die Eisenbahnen, Vorf. v. Auerswald. 16) Zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats. Letztere Kommission zerfällt in 8 Abtheilungen von je 7 Mitgliedern und enthält sonach im Ganzen 56 Mitglieder. Diese 8 Abtheilungen für die Hauptzweige der Staatsverwaltung haben jedesmal eigene Vorsitzende und Schriftführer. — Die laut Zeitungsberichten jüngst in Kösen erfolgte Verhaftung des Hrn. Moriz Schlesinger aus Paris, eines der ersten jetzt lebenden Musikalienhändler, findet hier eine große Theilnahme, da derselbe ein geborener Berliner ist. Er war eben erst aus Frankreich nach Kösen gekommen, um mit seiner Familie seine hier lebende 80jährige Mutter, welche diesen Sommer dort zur Erholung zubringt, zu besuchen. Die Veranlassung zu der Verhaftung scheint indes von keiner Erheblichkeit zu sein, da der Minister des Innern darüber noch gar nichts Offizielles weiß und von demselben auch die Haft nicht ausgegangen ist. — Das Cholera-Hospital in der Markgrafenstraße, welches, wie wir schon früher meldeten, angewiesen war, keine neue Kranke mehr aufzunehmen, ist gestern, nachdem der Restbestand entlassen war, geräumt und demnächst geschlossen worden. — Dem letzten der Maigefangenen, welcher bekanntlich kriegsgerichtlich zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt worden ist, dem Oberlehrer Gerick, scheint man seine Strafzeit möglichst erleichtern zu wollen. Derselbe kann nämlich täglich 2 Stunden Freunde bei sich empfangen, oder eine gleiche Zeit ganz unbehindert außer dem Gefängnisse innerhalb der Ringmauern zubringen. — Dem Königs-Regiment, welches bisher hier nur in Kantonnirung lag, ist heute angezeigt, daß es Berlin fortan zum bleibenden Garnisonort erhalten solle. — Wie uns glaubwürdig mitgeteilt wird, hat Herr Eichmann, bisheriger Ober-Präsident der Rheinprovinz, soeben als solcher seinen Abschied erhalten. Derselbe, früher durch seine orthodoxe Richtung hervortretend, weist hier bekanntlich gegenwärtig als Abgeordneter zur ersten Kammer. — Auf der Stettiner Eisenbahn kamen heut in einem Extrazuge von 23 Wagen über 1000 Personen zum Besuch der Gewerbe-Ausstellung. Der Zug war so überladen, daß er fünf Stunden zur Herkunft gedauerte. Am 30. d. Mts. soll die Ausstellung geschlossen werden. Wir bemerken übrigens dabei, daß diese Fremdenbesuche unsern Taschendieben, deren Virtuosität der ihrer Kollegen in Paris und London bereits nichts mehr nachgiebt, jedesmal reiche Ernten gewähren. — Die Vermögensunsicherheit scheint in diesem Winter, wenn man nach den schon jetzt hervortretenden Anzeichen schließen will, einen hohen Grad erreichen zu wollen. Wir erinnern uns, niemals in früheren Jahren um diese Zeit in gleichem Grade über Diebstähle klagen gehört zu haben. Fast täglich vernimmt man von neuen Einbrüchen, von denen namentlich auch die Sommerwohnungen in der Umgegend der Stadt beunruhigt werden. Auf dem Kreuzberg ist dergleichen bereits zur Tagesordnung geworden, so daß die Einwohner alle irgend entbehrliche Sachen forttransportiren. Das Gerücht bezeichnet ein dort auf freiem Felde vereinzelt liegendes Haus als den Ausgangspunkt dieser Verbrechen. — Von gestern bis heute sind 20 neue Cholera-Erkrankungen gemeldet, darunter 8 Todesfälle. — Der Vice-Oberhofrath Graf v. Assenburg ist nach langen inneren Kämpfen jetzt an Stelle des Grafen Luckner erster Präsident des Treubundes geworden. Da jedoch der Letztere noch immer einen bedeutenden Anhang unter den Mitgliedern hat, so ist zu erwarten, daß eine neue Spaltung die Folge sein wird.

[Ueber die Errichtung der Telegraphen-Linien] enthält der Staats-Anzeiger folgenden interessanten Artikel: „Schon früh hatte das wichtige und interessante Kommunikations-Mittel der elektromagnetischen Telegraphen die Aufmerksamkeit der preussischen Staats-Verwaltung auf sich gezogen. Als die Erfindungen auf diesem Felde mehr zur praktischen Ausführung heranreife, wurden von Staats wegen ausführliche Versuche angeordnet, um zweckmäßige Vorschläge für die Einrichtung von Staats-Telegraphen vorzubereiten. Es ward dazu hier in Berlin eine besondere Kommission niedergesetzt und derselben

verhältnismäßig bedeutende Geldebeträge aus der Staatskassa zur Disposition gestellt. — Unter Leitung dieser Kommission ward als erster Versuch eine Telegraphen-Verbindung zwischen Berlin und Potsdam mit einer durch die Luft geführten Drahtleitung bereits vor drei Jahren hergestellt, welchem Beispiel folgend mehrere Eisenbahn-Gesellschaften, unter ihnen namentlich und zuerst die thüringische, die großen Vortheile der elektromagnetischen Telegraphen für den Eisenbahndienst erkennend, für ihre besonderen Zwecke Telegraphen mit durch die Luft geführten Drahtleitungen anlegten. Demnächst richtete die niedergelegte Kommission ihre Bestrebungen vornehmlich dahin, durch unterirdische Drahtleitungen die Uebelstände zu beseitigen, welche sowohl in Bezug auf leichte zufällige oder absichtliche Zerstörung, wie auf mangelhafte Isolirung und nachtheilige Einwirkung der atmosphärischen Elektrizität mit den Drahtleitungen durch die Luft noch verbunden waren. — In der Gutta-Percha wurde nach vielen Versuchen hier in Berlin zuerst endlich eine Substanz gefunden, welche, zur Umhüllung der Kupferdrähte angewendet, den Anforderungen zu entsprechen im Stande war, welche Behufs Anlegung einer unterirdischen Leitung in Bezug auf Isolirung und auf Haltbarkeit gestellt werden mußten. Gleichzeitig wurden im Wege öffentlich ausgeschriebener Konkurrenz verschiedene Konstruktionen von Telegraphen-Apparaten zur Vergleichung gebracht, um für die Staats-Telegraphen die zweckmäßigste Wahl zu treffen. Demnächst wurden mit den betreffenden Staats-Regierungen wegen der Durchführung der Telegraphen-Linie durch die verschiedenen Gebiete und ebenso mit den beteiligten Eisenbahngesellschaften wegen der Benutzung der Eisenbahnen die erforderlichen Verträge abgeschlossen, wobei ebensowohl die zuvorkommende Bereitwilligkeit der betreffenden Regierungen, als auch die große Willfährigkeit der betreffenden Eisenbahngesellschaften besondere Anerkennung verdient. Nach diesen Vorbereitungen wurde im Jahre 1848 zur wirklichen Ausführung der Telegraphen geschritten und bereits im Februar d. J. konnte die erste Linie zwischen Berlin und Frankfurt a. M. vollständig in Gebrauch genommen werden. Diese etwa 90 Meilen lange Linie mit Stationen zu Berlin, Jüterbogk, Röhren, Halle, Erfurt, Eisenach, Kassel, Gießen und Frankfurt bot einerseits wegen der großen Zahl verschiedener Staaten, deren Gebiet dabei berührt wird, andererseits auch deswegen besondere Schwierigkeiten dar, weil die Eisenbahnen, in deren Bahndamm die unterirdischen Leitungen vorzugsweise bequem und sicher gelegt werden können, zwischen Eisenach und Frankfurt noch größtentheils nicht vollendet ist und daher auf diesen Strecken die Drahtleitung vorläufig durch die Luft geführt werden mußte. — Ein zweite Linie von Berlin nach Aachen mit einer 4 Meilen langen Seitenlinie von Düsseldorf nach Elberfeld wurde im Juni d. J. vollständig vollendet; sie hat eine Gesamtlänge von 99 Meilen und Stationen zu Berlin, Potsdam, Magdeburg, Oschersleben, Braunschweig, Hannover, Minden, Hamm, Düsseldorf, Elberfeld, Deutz, Köln und Aachen. Diese Linie konnte durchgängig dem Zuge der vollendeten Eisenbahnen sich anschließen und daher auch durchgängig mit unterirdischen Drahtleitungen versehen werden, welche auch bei den schwierigen Fluß-Übergängen der Havel, des Elbe und des Rheins, wo die Leitung im Grunde des Flußbettes durchgeführt werden mußte, sich bisher vollkommen bewährt haben. — Eine dritte Linie zwischen Berlin und Hamburg von 38 Meilen Länge mit Stationen in Berlin, Wittenberge, Hagenow und Hamburg konnte bereits im Mai d. J. vollständig in Gebrauch genommen werden. — Eine vierte Linie zwischen Berlin und Stettin, 18 Meilen lang, mit Stationen zu Berlin und Stettin, ist soeben vollendet worden. — Außerdem ist eine fünfte Linie von Berlin über Breslau nach Oderberg, an der österreichischen Grenze, in Ausführung begriffen; sie wird eine Länge von 72 Meilen und Stationen zu Berlin, Frankfurt, Liegnitz, Breslau, Oppeln, Kosel, Ratibor und Oderberg erhalten. Auf dieser Linie vermittelt gegenwärtig provisorisch der auf der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn vorhandene, von der Eisenbahngesellschaft angelegte Telegraph, mit Drahtleitung durch die Luft, die Verbindung zwischen Berlin und Breslau. — Die 24 Meilen lange Strecke von Breslau nach Oderberg wird soeben mit unterirdischer Leitung versehen und dürfte zu Ende des laufenden Monats vollendet sein. — Auf diese Weise sind von der preussischen Staats-Verwaltung trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse bei Aufwendung von ungefähr 400,000 Rthlr. in noch nicht 12 Monaten bereits 245 Meilen elektro-magnetischer Telegraphenlinien vollständig angelegt worden, welche Berlin mit Frankfurt a. M., Aachen, Hamburg und Stettin in Verbindung setzen. Vor Ablauf dieses Jahres wird die Gesamtlänge voraussichtlich auf 317 Meilen gestiegen und die Verbindung zwischen Berlin und Oderberg vollständig hergestellt sein, welche durch Vermittelung der kaiserlich österreichischen Telegraphen Berlin mit Wien und mit dem adriatischen Meere verbindet. — Nächstdem wird auch in Verbindung mit der S Bahn, ein elektrischer

Telegraph nach Königsberg und Danzig angelegt und dadurch die östlichen mit den westlichen Provinzen, sowie mit der Hauptstadt verbunden werden. — Sämmtliche preussische Telegraphen-Linien sollen demnächst nicht allein zu Staats-Depeschen benutzt, sondern auch dem Gebrauche des Publikums überlassen werden, eine Maßregel, welche in Bezug auf die Berlin-Nachener resp. Elberfelder und auf die Berlin-Hamburger Linie bereits noch im Laufe dieses Monats ins Leben treten wird, wozu die betreffenden Regulative und Tarife bereits die Genehmigung Sr. Majestät des Königs erhalten haben. — Zur Verwaltung der Staats-Telegraphen ist eine königliche Telegraphen-Direktion eingesetzt, welche als eine Nachrichten-Beförderung-Verwaltung dem kgl. General-Postamt zugewiesen und mit diesem dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten untergeordnet ist. — Die Telegraphen-Direktion hat in Berlin ihren Sitz und es wird beabsichtigt, von den jetzt auf den hiesigen Eisenbahnhöfen vorläufig eingerichteten fünf einzelnen Stationen die Leitungen zu einem Central-Bureau zusammenzuführen. Das letztere soll zur Erleichterung der Aufgabe der Depeschen des Publikums in der Mitte der Stadt angelegt und dadurch zugleich auch die Beförderung aller durchgehenden Depeschen sehr beschleunigt werden.

[Lotterie.] Bekanntlich wird bei der nächsten (101sten) Lotterie eine Aenderung des Ziehungsplanes stattfinden. Es werden, anstatt wie bisher 85,000, nur 75,000 Loose ausgegeben. Statt 15,000 Gewinne in den ersten drei Klassen mit 15,000 Freilosen sind jetzt 13,000 Gewinne mit 13,000 Freilosen. Dagegen sind die Gewinne der 4ten Klasse von 20,000 nur auf 19,000 reduziert. Es stellt sich somit das Gewinnverhältniß etwas günstiger. Der Einsatz bleibt 45 Rthlr., dagegen ist der niedrigste Gewinn in der 4ten Klasse von 80 Rthlr. auf 70 Rthlr. herabgesetzt. Erster Hauptgewinn 4ter Klasse bleibt 150,000 Rthlr., der zweite beträgt 50,000 Rthlr., der frühere zweite Hauptgewinn von 100,000 Rthlr. fällt aus. C. B.

[Der Centralauschuß der ersten Kammer für die Revision der Verfassungs-Urkunde] hat abermals einen Bericht erstattet und zwar über Tit. II. Art. 24 bis 31. Diese Artikel handeln bekanntlich mit von den wichtigsten Materien, nämlich von der Presse, dem Versammlungs-, Vereinigungs- und Corporations-Recht, dem Petitionsrecht und der Sicherung des Briefgeheimnisses. Der Artikel 24 der Verfassungs-Urkunde hat eine ähnliche Kürzung erfahren, wie die Revisions-Kommission in der zweiten Kammer beantragte. Dieser Artikel enthält bekanntlich eine große Specialisirung aller derjenigen Beschränkungen, welche gegen die Presse nicht angewandt werden dürfen, als Sicherheitsbestellungen, Staatsauflagen, Postverbote etc. Dem Centralauschuß ist diese Kasuistik bedenklich erschienen und er proponirt daher folgende Fassung: „Jeder Preuze hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Die Censur darf nicht eingeführt werden. Art. 25 enthält die transitorische Bestimmung, daß Preservergehen nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen sind, jedoch vor der Revision des Strafrechts einem besonderen, vorläufigen Gesetz unterworfen werden sollen. Der Centralauschuß hat die Streichung des ganzen Artikels beschlossen, was auch für diesen Fall bei der Revisions-Kommission der zweiten Kammer Nachahmung fand. Art. 26 bestimmt, daß Verleger, Drucker und Vertheiler nicht verfolgt werden dürfen, wenn der Verfasser bekannt ist und ferner daß der Verleger und der Drucker auf der Druckschrift genannt werden müssen. Der Centralauschuß hat abermals und zwar mit 9 gegen 4 Stimmen Streichung beantragt, weil diese Bestimmungen in das Strafrecht gehörten. Art. 27 vom Versammlungsrecht ist so weit bestätigt, als die Bestimmungen von den Versammlungen in geschlossenen Räumen und unter freiem Himmel lauten. Den dritten Satz, daß bis zum Erscheinen eines Specialgesetzes der Polizeibehörde von allen Versammlungen unter freiem Himmel 24 Stunden vorher Anzeige zu machen sei, hat der Centralauschuß als durch das Gesetz vom 29. Juni erledigt erachtet und seine Streichung beantragt. Art. 28, 29 und 30 vom Associationsrecht, Corporationsrechten und Petitionsrecht sind unverändert angenommen. Im Art. 31 ist nur der letzte Satz gestrichen: „Das Gesetz bezeichnet die Beamten, welche für die Verlesung des Geheimnisses der, der Post anvertrauten Briefe verantwortlich sind.“ Der Centralauschuß erachtete dafür, daß eine solche Bezeichnung im Voraus nicht bloß unmöglich sei, sondern daß auch in einem einzelnen Falle dem richterlichen Urtheil jedesmal freier Lauf zu lassen sei. — In der zweiten Kammer ist ein neuer Bericht der Petitionskommission vertheilt worden. Derselbe ist zwei und einen halben Druckbogen stark, beschäftigt sich aber fast nur mit Petitionen rein privater Natur, so daß die Kommission größtentheils Tagesordnung vorschlägt. Gleich zu Anfang findet sich z. B. eine solche Petition des Pastor Gramm zu Sagan, welcher, wegen Sprechens in einer nicht erlaubten Versammlung unter freiem Himmel zu einer Geld-

strafe verurtheilt, um Niederschlagung der Strafe und Kosten bittet und außerdem verlangt, da er mit Unrecht als mente captus dargestellt worden sei, daß ihm die ehrenvollste Wiedereinsetzung in sein Amt und Eigenthum zu Theil werde. Ferner beantragt der Auktionskommissarius Leves zu Herne in Westfalen, 1) daß jede Unkeuschheit ex officio untersucht und bei Beamten mit Kassation bestraft werde, 2) daß die erledigten Aemter durch freie Konkurrenz nach Prüfung der Würdigkeit besetzt werden, und 3) daß bei allen seit 1840 angestellten Beamten eine Revision stattfindet. Ebenfalls Tagesordnung. Auch die Mahnung des Gutsbesizers Lehmann, die Kammer wolle auf allgemeinen Indult, Entlassung der Landwehr und Ausführung der bereits beantragten Amnestie beantragen, hat das gleiche Schicksal. Bevorwortet sind überhaupt von der Kommission nur äußerst wenig Petitionen, und nur einige beantragt sie, an die ressortmäßigen Behörden abzugeben.

A. Z. C.

[Die zweite Kammer] wird die Verfassungsberathung mit den Titeln III. und IV. (vom Könige und von den Ministern) in ihrer nächsten Sitzung am Mittwoch beginnen. Herr Keller ist Berichterstatter der Kommission. In Beziehung auf die Auswahl der zunächst einzubringenden Abschnitte war die Kommission der Meinung, daß es angemessen sei, im Interesse der Ordnung und der Fruchtbareit der Verhandlungen, die Berathungen der ersten Kammer bezüglich derjenigen Abschnitte, welche diese in Berathung genommen, abzuwarten. „Uebrigens — heißt es in dem Gutachten der Kommission — wird die Kammer sich zum Schlusse in dem Falle befinden, sowohl über die Reihenfolge der Titel, als über deren innere Anordnung ihre besonderen Anträge zu stellen, woraus sich von selbst ergibt, daß aus der getrennten Berathung der einzelnen Titel auf die Zulässigkeit einer nachherigen getrennten Uebersmittlung an die Regierung nicht geschlossen werden darf, die Kammer vielmehr das Revisionswerk als ein untrennbares Ganze und die Abänderungsvorschläge als in sich zusammenhängend betrachtet.“ Nach Inhalt des Berichts sind sachliche Abänderungen von Erheblichkeit von der Kammer nicht in Vorschlag gebracht. Bei Art. 46 (Recht des Königs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen) richtete die Kammer ihre Sorgfalt vor Allen dahin, „durch eine bestimmte Wortfassung jede Möglichkeit einer Auslegung auszuschließen, nach welcher der König bei Friedensverträgen jemals und unter irgend welchen Bedingungen an die Zustimmung der Kammern gebunden sein sollte.“ Nach mehrfachen Versuchen wurde der Zusatz beliebt: „Friedensverträge bedürfen dieser Zustimmung nicht.“ In Betreff der Begnadigung verurtheilter Minister, welche die Verfassung vom 5. Dezember nur auf den Antrag derjenigen Kammer zuläßt, von welcher die Anklage ausgegangen ist, wurde ein Bedenken aus der Gleichartigkeit der Stellung beider Kammern entnommen. Es wurde deshalb die Begnadigung „auf den Antrag einer Kammer“ für zulässig erachtet. Anträge, welche die Zulassung einer Anklage gegen die Minister wegen jeder Pflichtverletzung und die Feststellung der Strafen bezweckten, wurden verworfen, die letzteren deswegen, „weil doch auch so das künftige Gesetz unmöglich erspart werden kann, welches, wie das Grundgesetz, in seiner gegenwärtigen Fassung vorschreibt, über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Strafmaß und ganz besonders über das Verfahren genauere Bestimmungen geben soll.“ Im allgemeinen sind Aenderungen nur an den Artikeln 41, 43, 46, 47, 54, 55, 56.

C. B.

[Folgerichtigkeit.] Eine „Weisung“ des Fürsten v. Schwarzenberg an den Freiherrn v. Prokesch in Berlin, dd. Wien, 10. Juni 1849, stellt eine Reihe von veratorischen Fragen und Bedenken gegen die Absichten des preussischen Sonderbündnisses und seine Stellung zum Gesamtbunde auf, und erhebt unter Andern den Vorwurf, Preußen verweigere im Voraus denjenigen deutschen Staaten, die sich dem Sonderbündnisse nicht anschließen, die Leistung der wesentlichen Bundespflicht, nämlich materielle Hülfe und Unterstützung in der Stunde der Bedrängniß. Es wird daran die Frage geknüpft, ob ein nach solchen Grundsätzen geschlossenes Sonderbündniß nicht unverkennbar die Sicherheit, ja die Existenz des Bundes selbst bedrohe. Diese Einwendungen sind vor Allen Augen durch die Bundeshülfe niedergeschlagen, die Preußen Baiern geleistet hat. Aber welches innige Einverständnis muß zwischen dem bairischen und österreichischen Kabinet stattfinden, wenn in folgerichtigster Uebereinstimmung mit der k. k. „Weisung“ die bairische Thronrede jene Thatsache aus den Annalen der Geschichte verwischt, und mit keinem Worte das erwähnt, was Preußen für die Herstellung des bairischen Regiments in der Rheinpfalz gethan hat. Die bairische Thronrede darf indeß hierbei auf den Vorgang der Proklamation der drei Kardinals sich berufen, welche in Rom die Tyrannei und Proskription zurückführen. Auch sie haben, wie der Präsident der (Fortsetzung in der Beilage.)

Dinstag den 18. September 1849.

(Fortsetzung.)

französischen Republik in seinem Briefe beklagt, nicht einmal des Namens Frankreichs oder der Leiden seiner tapferen Soldaten Erwähnung gethan. „Frankreich, wenn es seine Dienste nicht verkauft, so fordert es wenigstens, daß man ihm Dank wisse für seine Opfer und seine Selbstverleugnung.“

P. C.

Stettin, 15. Septbr. Die Großfürstin Helene von Rußland ist heute mit dem Wladimir nach St. Petersburg abgegangen. (Dtsche Z.)

Bonn, 12. Septbr. [Kongreß der Universitäten.] Die Beratungen bei dem Kongreß, welcher zu Berlin zum Behufe der Beratungen über die Reformen der Universitäten stattfinden wird, werden am 24. September von dem Herrn Minister des Unterrichts, von Ladenberg, eröffnet, später aber von dem geheimen Ministerial- und Ober-Regierungs-athen, Joh. Schulze, als Präsident der Versammlung, geleitet werden.

Deutschland

Frankfurt, 13. September. [Tagesbegebenheiten.] Heute Morgen hat sich der Prinz von Preußen nebst Gefolge auf der Eisenbahn nach Karlsruhe begeben, um demnächst eine allgemeine Musterung der im Großherzogthum Baden stehenden preussischen Truppen vorzunehmen. Der Prinz wird, nachdem dies geschehen, und die Verlegung des Militärs in feste Garnisonen ausgeführt ist, in kurzer Zeit hierher zurückkehren. Von besonderem Interesse für Frankfurt ist, daß das Bataillon des 38. preussischen Infanterie-Regiments, welches am 18. September v. J. hier kämpfte, an dem Jahrestage jenes Ereignisses hier eintrifft, um am 19. seinen Marsch nach Mainz fortzusetzen. — Die heute veröffentlichte Nummer 110 des Amtsblattes der freien Stadt Frankfurt enthält eine amtliche Bekanntmachung, durch welche angezeigt wird, daß die Entschädigungsgelder für die in Frankfurt, Sachsenhausen und den beiden Gemarkungen einquartirt gewesenen k. preuß. Truppen vom 10. Juni bis 15. August 1849 nun ausbezahlt werden sollen. — In den preussischen Theilen unserer Garnison sind demnächst wieder einige Veränderungen zu erwarten. Ein Bataillon des 30. Infanterie-Regiments wird uns verlassen, wahrscheinlich nach Mainz, vielleicht abermals nach Baden bestimmt; das in den Ortschaften kantonirte 18. Infanterie-Regiment, der Division Grabow angehörend, soll, wie es heißt, nach Trier in Garnison gelegt werden. Die Mannschaften des 30. Infanterie-Regiments haben übrigens in diesen Tagen erst noch eine Nachzahlung aus badischen Kriegsgeldern erhalten. (Reform.)

Frankfurt, 14. Sept. [Centralgewalt.] Die Vorschläge des Wiener Kabinetts sind bereits nach Berlin gelangt. Oesterreich und Preußen sollen jedes zwei Mitglieder abordnen und Oesterreich soll den Vorsitz führen. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit im Schooße dieser Commission würden die betreffenden beiden Kabinette, und falls auch diese sich nicht einigen könnten, die Regierungen der übrigen deutschen Königreiche (außer Preußen) nach einem bestimmten Turnus schieblich entscheiden. Diese provisorische Centralgewalt würde im Einverständnisse mit dem Reichsverweser und den deutschen Regierungen (von welchen Baiern und Hannover bereits mit dem Vorschlage einverstanden sein sollen) vorläufig bis zum 1. Mai 1850 ins Leben treten, falls bis dahin die definitive Verfassung für Deutschland — deren Vereinbarung vor wie nach den Regierungen überlassen bleibe — nicht zu Stande gekommen wäre, würde das Provisorium in entsprechender Weise zu verlängern sein. Dies soll das Wesentliche der österreichischen Vorschläge sein, auf welche nun Preußen seine Schlusserklärung abzugeben hat. (Köln. Z.)

Mannheim, 13. Sept. Heute früh sah man die Hauptstraßen der Stadt festlich geschmückt mit deutschen, preussischen und badischen Fahnen. Um halb zehn Uhr stellte sich die Infanterie in der breiten Straße, die Reiterei (Kürassiere) auf dem Paradeplatz auf. Die sämtlichen Behörden waren im Bahnhof versammelt, um den Prinzen von Preußen zu bewillkommen. Bald nach 10 Uhr kam er in die Stadt und musterte zu Fuß die Truppen, welche ihn mit dreifachem Hurrah empfingen, und ließ sie dann auf dem Paradeplatz vorbeiziehen. In seinem Gefolge bemerkte man den Fürsten von Thurn und Taxis, der bekanntlich in der benachbarten Rheinpfalz das Oberkommando führt, und wahrscheinlich um den Prinzen zu begrüßen herübergekommen war. Nach beendigter Parade begab sich der Prinz an die Kettenbrücke, nahm noch andere Sehenswürdigkeiten in Augenschein und reiste um 12 Uhr auf der Eisenbahn nach Karlsruhe. Die Einfachheit der militärischen Erscheinung des Prinzen hat einen sichtlich Eindruck auf die hiesige Bevölkerung gemacht, welche die prun-

kenden Aufzüge der Helden des Aufstandes noch in frischem Andenken hat. Auch wird die Leutseligkeit des Prinzen gerühmt, sein sicherer Takt und sein Verständnis mit den Leuten in ihrer Weise zu sprechen. — Nach dem Bad. Merkur antwortete der Prinz von Preußen auf die Anrede des Gemeinderaths ohngefähr Folgendes:

„Meine Herren! es freut mich sehr, von Ihnen den Dank der Stadt Mannheim hinnehmen zu können, um so mehr, als Preußen nicht gewohnt ist, in Deutschland Dank einzuernten für das, was er für dasselbe gethan hat sowohl in politischer als rein militärischer Hinsicht. Was leider Ihr engeres Vaterland, Baden, anbetrifft, so war es im gegenwärtigen Augenblicke schwer, mit Bestimmtheit anzugeben, ob Sie bereits am Endpunkte dieser Wirren und unruhigen Zeitverhältnisse angelangt sind. Dazu wird freilich eine ganz neue Generation abgewartet werden müssen, bis es sich bei Ihnen vollkommen besser gestaltet haben möchte. Denn der böse Samen, der in Baden schon Jahre lang ausgestreut worden ist, hat zu tiefe Wurzeln geschlagen. Und wie konnte es auch wohl anders kommen, da selbst die weltlichen und Religions-Lehrer der Jugend die verderblichsten Grundsätze verbreiteten? Unter einem so gütigen Fürsten, wie Großherzog Leopold, wer hätte dies erwarten sollen?“

Hierauf erwiderte ein Mitglied der Deputation, Hr. Ferschinger: „Ew. königliche Hoheit mögen die Versicherung entgegennehmen, daß es bei Mannheims Bürgern nicht bösem Willen, sondern eher einem gewissen Schwanken aus Mangel an fester Zuversicht und wechselseitigem Vertrauen zuzuschreiben war, daß jene traurigen Verhältnisse sich gestaltet haben. Hätten unsere Bürger sich damals enger zusammengescharrt und einmüthiger gehandelt, würde Vieles nicht erfolgt sein, dessen schwere Folgen wir jetzt zu tragen haben.“

In diese Worte fiel der Prinz mit der Bemerkung ein: „Sie haben ganz Recht — die gutgesinnten Bürger müssen in Stunden der Gefahr handeln und sich um den Thron ihres Fürsten zusammenscharen.“

(Deutsche Ztg.)

Karlsruhe, 13. Septbr. [Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen.] Ist heut Mittag um halb 2 Uhr von Frankfurt hierher zurückgekehrt. Eine Stunde später sind Se. königl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und dessen Bruder, des Herzogs Wilhelm Hoheit, in Begleitung Ihrer Durchlauchten der Prinzen Heinrich VII. und Heinrich XIII. von Neuß-Schleiz-Köstrik, von Donauschingen wieder hier eingetroffen. Sämmtliche höchste Herrschaften sind im großherzoglichen Schlosse abgestiegen. (Karlsru. Ztg.)

Freiburg, 11. September. [Tod des Generals Hannecken.] Diesen Morgen traf die Trauerkunde von dem plötzlichen Hinscheiden des früher dahier, in neuester Zeit aber in Säckingen stationirt gewesenen königlich preussischen Divisions-Generals v. Hannecken ein. Der Verstorbene war zur Inspektion der mecklenburgischen Truppen nach Donauschingen abgegangen und endete gestern Abend an einem Schlaganfall zu Pföhren seine mit Ruhm zurückgelegte militärische Laufbahn. (N. Fr. Z.)

Rastatt, 12. Sept. [Ezekution.] In seiner gestrigen Sitzung hat das Kriegsgericht den am badischen Aufstand betheligten Kellner August Schade zum Tode verurtheilt; dieses Urtheil ist heute früh vollzogen worden. (F. Z.)

Stuttgart, 11. Sept. [Der süddeutsche Bund gegen Preußen.] Die Reise des Königs von Württemberg nach Oesterreich wollte man lächerlicher Weise zu einer bloßen Vergnügungstour machen und die Zusammenkunft des Erzherzogs Johann mit ihm eine rein zufällige sein lassen. Die politische Bedeutung derselben zeigt sich jedoch schon jetzt. Man versichert aufs Bestimmteste, Oesterreich habe sich bereit erklärt, dem deutschen Reichstag das Volkshaus zuzugestehen, wodurch einer der Hauptgründe fallen würde, weshalb Römer dem süddeutschen Bündnisse sich nicht anschließen will; dagegen glaubt man in gut unterrichteten Kreisen, von Gründung eines solchen Bündnisses sei keine Rede. Wie dem nun auch sei, 30,000 Oesterreicher ziehen vom Vorarlberg herbei, um gemeinschaftlich mit Baiern und Württemberg den See- und Oberrheinkreis von Baden zu besetzen, da die süddeutschen Mächte es verhindern wollen, daß Preußen, dessen Einfluß in Deutschland ihnen schon zu groß geworden, auch im Süden einen festen Punkt inne habe. Natürlich ist kein Land vermöge seiner Lage so günstig und so gefährlich, als Baden, das die ganze Grenze Württembergs deckt und den Zugang zu den Hohenzollern bietet. (Deutsche Ref.)

§ Dresden, 15. September. [Die Landtagswahlen. Der neue „Volksverein“ und sein Programm.] Die Ministerialverordnung wegen der Ausschreibung der Landtagswahlen wird jetzt jeden Tag erwartet, da das Wahlgeschäft einen Zeitraum von

mindestens vier Wochen in Anspruch nehmen wird und der Landtag nach der Absicht der Regierung schon Mitte Oktober zusammentreten soll. Die Partei der aufgelösten Vaterlands-Vereine organisiert sich in aller Eile so gut als möglich unter dem Namen eines „Volksvereins“ und wird muthmaßlich wieder den Sieg davon tragen, da sie auf eine sehr geschickte Weise sich in eine konservative Maske gehüllt hat. Bei der Stärke dieser Partei ist ihr Wahlprogramm für Sachsen von einer solchen Bedeutung, daß es nicht übersehen werden darf. Es lautet:

„Die Wahlen zum Landtage nahen heran. Ihre Bedeutung verkennt Niemand. Auch wir fühlen uns gedrungen, ein Wort zu unsern Mitbürgern zu sprechen. Die Lage der Dinge ist so, daß die nächste und Hauptaufgabe des bevorstehenden Landtages sein wird, die errungenen Rechte des sächsischen Volkes zu wahren. Die im vorigen Jahre zur gescheiterten Anerkennung gelangten Grundzüge eines freien Gemeindefens dürfen dem Lande nicht verflürzt, — wo sich zerstörende Einflüsse in die Verfassung einzuschleichen drohen, müssen sie abgewehrt werden. Daneben bildet die Ausführung der Grundrechte das weite Feld, auf dem die Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse vollendet werden mag. Denn nur durch Erfüllung der Anforderungen der Gegenwart, durch Aufrechthaltung des Rechts gepaart mit Milde wird die wahre Ruhe wiederkehren und der Friede gesichert sein, der keiner äußern Stützen bedarf, sondern von innerer Zufriedenheit getragen wird und dann Handel und Gewerbe blühen macht und Wohlstand schafft. Die deutsche Frage stellen wir jetzt nicht in den Vordergrund, weil sie noch nicht in ihr letztes Stadium eingetreten ist. Großes Unglück, lange Unsicherheit hätte durch Annahme der Reichsverfassung verhütet werden können. Der Berliner Entwurf ist kein Ersatz für die Reichsverfassung. Er droht Deutschland zu zerspalten und bestehende Rechte des sächsischen Volkes aufzuheben. Wir halten zu Deutschland von ganzem Herzen, aber es soll sein einig, mächtig und frei. In diesem Sinn werden wir für den sächsischen Landtag wählen, in diesem Sinn unsern Mitbürgern ehrenwerthe, einsichtsvolle Männer zu Abgeordneten vorschlagen.“

Das Charakteristische dieser Partei ist ihr Preußenhaß und ihr Aberglaube an die Möglichkeit eines selbstständigen, mit allen erdenklichen Volksfreiheiten ausgerüsteten sächsischen Staates, der nach allen Seiten hin gegen Preußen, Oesterreich und Baiern bramarbasirend Front machen soll. Die gemäßigtere Partei in Sachsen ist vielleicht mit Unrecht zu sorglos und lebt in dem Glauben mit der Auflösung der Vaterlandsvereine sei die Kraft des Radikalismus gebrochen. Die Streng-Konservativen beobachten und beurtheilen die Taktik und die Macht der Radikalen ungleich richtiger. Nach ihrer Meinung ist die Vaterlandspartei darauf bedacht gewesen, in solcher Gestalt wieder aufzuleben, daß ihr Aeußeres etwas anscheinend Neues bietet. Zu diesem Behufe hätten sie zu ihrem Führer eine Persönlichkeit erkoren, die mit der nöthigen Gesinnungstüchtigkeit einen im bisherigen Parteigetriebe nur wenig genannten Namen verbände und wären in ihrer Wahl sehr glücklich gewesen. Herr Otto Wigand, ihr neuer Häuptling, ein Mann von durchaus ehrenwerthem Privatcharakter, dessen politische Meinung sich nur zuweilen in bedenklichen Extravaganzen gefalle, habe sich durch die verlockende Aussicht auf Bekleidung einer großen politischen Rolle überreden lassen, an die Spitze des Volksvereins zu treten. Die Radikalen gewinnen mit ihm einen unbescholtenen Mann und eine Zeitung (die Neue Leipziger Zeitung), zwei Dinge, deren sie gleich sehr bedürftig sind. Die Sachsenzeitung giebt hierbei Herrn Wigand zu bedenken, indem er diese beiden Dinge hergiebt, daß man den ersteren nur einmal verlieren kann. Lehrreich für ihn könnten allerdings die schlimmen Erfahrungen sein, die Prof. Wuttke im vorigen Jahre als Führer der sächsischen Vaterlandsvereine zu machen Gelegenheit hatte.

Oesterreich.

Wien, 14. Sept. [Finanzielles. Verwicklung mit der Pforte. Fischhof. Gemeindeverfassung. Erzherzog Albrecht.] Die Aufhebung des Ausfuhrverbotes von Gold und Silber, das am 18. d. M. erlischt, hat bereits die beste Wirkung gehabt und es wird jetzt lediglich von den Maßregeln des Finanzministers abhängen, ob der Ausschaffung des Geldmarktes bloß ein vorübergehender oder ein bleibender sein wird. Man erwartet, daß Herr v. Kraus endlich einmal zur Abschließung einer Anleihe schreite, statt die schwebende Schuld ins Maßlose zu vermehren und sodann die rasch durchgeführte Reform der Bank, die eine Wohlthat für Alle sein könnte und gegenwärtig nur ein Ungeheuer ist, an dessen Vorrechten das Land verblutet. Nicht minder ist die schnelle Verschmelzung der verschiedenen, in der jüngsten Zeit von der Regierung in Umlauf gesetzten Geldzeichen in eine einzige Form von Papiergeld eine höchst dringende Sache, damit die finanzielle Verwirrung aufhöre, das Vertrauen zu den Noten gehoben und die Hemmnisse des Verkehrs beseitigt werden mögen; wir dürfen hinfort keine italienischen, keine ungarischen Papiere dulden, sondern Reichsschulden einführen, denn bei der separatistischen Tendenz jener Ländertheile wür-

den hierbei Geldzeichen auf dem Geldmarkt allzusehr von den politischen Conjuncturen abhängen. — Neben dem Schreiben des Präsidenten der französischen Republik über die Angelegenheiten des römischen Stuhls, das Viele für eine Wendung der französischen Politik halten, Andere für ein Blendwerk, erregt Nichts mehr die Aufmerksamkeit der Bevölkerung, als das Gerücht, Graf Stürmer und Herr v. Tito hätten Konstantinopel verlassen, in Folge der Weigerung der Pforte, die in das türkische Gebiet geflüchteten Häupter der ungarischen Insurrektion auszuliefern, wobei deutlich genug auf den Einfluß des englischen Botschafters in Stambul hingedeutet wird. Sollte auch das Gerücht, wie es wahrscheinlich ist, voreilig sein, so scheint doch die Verzögerung jeder offiziellen Nachricht über das Schicksal der ungarischen Flüchtlinge in der Türkei auf ernste Schwierigkeiten zu weisen, welche unter gewissen Umständen allerdings zu bedrohlichen Weiterungen auf dem Felde der Diplomatie führen müßten. — Der Criminalprozeß des Dr. Fischhof hat zu einem Schlusse geführt, der der Regierung durchaus nicht angenehm sein kann; der Angeklagte wurde aus Mangel an Beweis von der Instanz entbunden, was freilich keine Freisprechung ist, allein eben auch kein Sieg seiner Widersacher, zumal wenn Fischhof nunmehr den Rechtsweg beschreitet und auf diese Weise vom Gericht eine völlige Freisprechung erlangt, was kaum zweifelhaft erscheint. In diesem Falle ist es denn Fischhof der guten Sache, nicht etwa seiner eigenen Person schuldig, durch Eintragung jener Schandpresse, die von vorneherein die elendesten Verleumdungen über diesen Mann austreute und sogar seine Hinrichtung anticipando erörterte, der Schamlosigkeit gewisser Journale, die sich zur gutgesinnten Presse rechnen, einen gerichtlichen Niegel vorzuschieben. — Nicht geringes Aufsehen erregt der geheime Erlass des Ministeriums des Innern an alle Länderchefs, wonach große Ländereien aus dem Gemeindeverband ausgefondert und eine Art von Ausnahmstellung erhalten sollen, wodurch nicht bloß der Grundsatz der Gleichheit als gefährdet erscheint, sondern auch die Basis einer aristokratischen Gemeindeverwaltung gelegt wird. Vergessen werden die Grundherren ein, daß bei ihrer Theilnahme an der Gemeindeverwaltung die Kosten derselben ganz unverhältnismäßig auf den großen Grundbesitz gewälzt würden, während sie durch ihre Opulenz von den Vortheilen des Gemeindevermögens als ausgeschlossen zu betrachten sind. Dies zugegeben, sollten sie doch nicht vergessen, daß diese Anomalie durch ein Zerstückeln ihrer Ländereien leicht zu beseitigen ist und sich jenes Mißverhältniß zwischen Leistung und Vortheil eben nur als ein natürlicher Fingerzeig gegen das weitere Fortbestehen ausgedehnter Güterkomplexe darstellt. Das Schlimmste bei der Sache bleibt übrigens immerhin die Heimlichkeit, mit welcher die Regierung in dieser wichtigen Angelegenheit vorgeht, welche ihr leitendes Prinzip ziemlich deutlich verräth. — Heute ist der Erzherzog Albrecht als Stellvertreter Sr. Majestät des Kaisers zur feierlichen Eröffnung der Eisenbahnstrecke von Gili nach Leibach nach Grätz abgereist, begleitet von vielen hohen Staatsbeamten aller Ministerien und der Generalität; Handelsminister v. Brück macht den Führer dieser auserlesenen Gesellschaft und wird sich später nach Triest begeben, für dessen Freihafenprivilegium wohl auch die letzte Stunde geschlagen hat. Der Monarch wird durch die wichtigen Beratungen hier zurückgehalten, die nun mit Beiziehung der Generale Radeky, Haynau und Jellachich im Ministerrathe beginnen werden und die schließliche Feststellung des Verhältnisses von Ungarn und Italien zur Gesamtmonarchie zum Zweck haben.

* **Wien, 15. Sept.** [Der Kaiser und seine Marschälle.] Sr. Majestät der Kaiser empfing gestern den Marschall Grafen Radeky und den Banus von Jellachich in Schönbrunn; Mittags besuchte der Kaiser den Marschall. — F. M. von Haynau geht morgen nach Pesth zurück. — Das hier befindliche schwere Belagerungsgeschütz ist nach Komorn beordert.

* **Wien, 16. September.** [Komorn.] Die hartnäckige Vertheidigung von Komorn durch die Insurgenten, bildet nach dem Marschall Radeky noch immer das Tagesgespräch. Es zeigt sich mit jedem Tage mehr, welche Lebensfrage Komorn für Wien war. Aus dem niedern Ungarn treffen hier an die meisten Handlungshäuser Bestellungen in Waaren und Kolonialprodukten ein, allein viele Artikel können deshalb nicht ausgeführt werden, weil die Landfracht die Spesen nicht erlaubt. Mit jedem Tage wird diese Frage von Komorn für den Handel ernster. Die Dampfschiffahrt ist höchstens noch zwei Monate zu benützen und nun wird sie durch diese Festung verkrüppelt.

N. B. **Wien, 16. Sept.** [Finanz-Maßregeln.] Die heutige Wiener Zeitung bringt die vom Kaiser dato 13ten l. M. genehmigten Maßregeln zur Herstellung der Ordnung im Geldwesen und Staatshaushalte. Wir entnehmen dem großen Altenstücke die wichtigsten Punkte aus dem Vortrage des Finanzministers. Er meint, daß zur Deckung der Bedürfnisse die

Einkünfte in Gestalt der vermehrten umlaufenden Kreditseffekten vorhinein in Anspruch genommen werden müßten, und die Folgen zunächst auf die Nationalbank fielen. Eine Verbesserung der Lage der Bank und die Regelung der Beziehungen des Staates zu derselben sollen Gewähr leisten gegen die Wiederkehr ähnlicher Erschütterungen des Kredits. — Die Banknoten sollen nicht mehr zur Deckung des Staatsbedürfnisses vermehrt werden. — Verhandlungen über Verzinsung, allmältige Sicherstellung, Tilgung der Schuld an die Bank sind mit der Direktion anhängig. Die Forderungen in Rücksicht des Handels und der Gewerbe, die Aufhebung des Mißverhältnisses der Notensumme zum Bankfond erheischen die aufmerksamste Erwägung. — Eine Verstärkung des Fonds soll zunächst durch die Herausgabe der zurückbehaltenen Bankaktien erfolgen. — Es ist zu erwarten, daß auf diesem Wege die Bank in die Lage kommen wird, ihre Münzvorräthe mit der Summe der umlaufenden Noten in ein günstiges Verhältniß zu stellen, und die Verwechslung der Letzteren wieder aufzunehmen. Eine aus Vertrauensmännern der beteiligten Kronländer gebildete Kommission soll im Einvernehmen mit der Bank-Direktion organische Einrichtungen entwerfen und vorlegen. — Zur Deckung der Staatserfordernisse ist die Herabsetzung des Militär-Aufwandes die erste Bedingung. — Für die neue Gerichtsverfassung, für den umgestalteten Verwaltungs-Organismus, zur Entschädigung für Urbatal- und Zehent-Bezügler, für Staats-Eisenbahnen und Telegraphen-Linien, und endlich um ein günstigeres Verhältniß zwischen den Staatsfinanzen und der National-Bank herzustellen, kann mit den bisherigen Mitteln nicht ausgemacht werden. Die Kriegs-Entschädigung Sardiniens (25 Mill. C.-M.) fließen der National-Bank zu. Nähere Bestimmungen über das neue Anleihen folgen erst später; die einfließenden Gelder werden in die Nationalbank abgeführt. — Nur mit Widerstreben schreitet der Minister zu dem Antrage, Änderungen in der bisherigen Besteuerung, ohne Mitwirkung des Reichstags, vorzunehmen. — Die Lage der finanziellen und volkswirtschaftlichen Zustände ist aber nicht von solcher Beschaffenheit, daß ohne die bedenklichsten Folgen länger zugewartet werden könnte. — Der Ministerrath wird die Fassung der Vorschläge zur Erzielung eines erhöhten Ertrages der Abgaben unterbreiten, wodurch für 1850 ein Mehr-Einkommen von 40 bis 50 Millionen geschaffen werden soll. — Statt der verschiedenen in Umlauf befindlichen Papiere sollen verzinsliche Reichsschatzscheine ausgegeben werden. Der Zwangsbours der Anweisungen soll so bald als möglich entbehrlich gemacht werden. Die Höhe des Zinsfußes würde den Vortheil darbieten, daß die Anweisungen weniger schnell von Hand zu Hand gehen. Der Zinsfuß der Reichsschatzscheine wird erst angegeben werden, und das Recht zur Verminderung dieses Zinsfußes bleibt vorbehalten. Bei Reichsschatz-Scheinen von 100 Fl. und darüber wird die Verzinsung auf die Rehrseite derselben bemerkt. Scheine unter 100 Fl. werden in Serien getheilt und durch jährliche Verloosung die entfallenen Zinsen baar erstattet. — Der Betrag der auszugebenden Reichsschatz-Scheine wird festgesetzt werden. — Die Herausgabe erfolgt, sobald sie die Presse verlassen, unter Mitwirkung und Kontrolle der National-Bank und vierteljährlicher öffentlicher Rechnungslegung. — Als Hypothek der Reichsschatz-Scheine dienen die Staats-Eisenbahnen (67½ Mill.), die vom Staat eingekauften Eisenbahnaktien (27½ Mill.), der Ueberrest der Saline in Smunden. — Das Einkommen der Staatsbahnen und der dem Staate gehörigen Eisenbahn-Aktien ist zur Deckung der Zinsen und zur Tilgung der Schatzscheine bestimmt. — Die vorgedachten Finanzverfügungen haben an der heutigen Sonntagsbörse große Schwankungen hervorgerufen. Bankaktien, welche gestern Abend 1220 schlossen, fielen heute bis 1105 und blieben um 12 Uhr Mittags 1160; 5 proc. Met. 97.; Nordbahnaktien (schon 110) 111; Lose v. J. 1839: 113. In Gold sind einige Schlüsse à 12 pCt. (um 1 pCt. niedriger als gestern) gemacht worden. Man anerkennt die Zweckmäßigkeit der meisten Verfügungen, glaubt jedoch, daß nebst den neu zu kreirenden Papieren auch viele ältere auf den Markt kommen werden und daß die angedeutete Erhöhung des Zinses für die Reichsschatzschaine eine allgemeine Vertheuerung des Geldes zur Folge haben und das neue Anlehen erschweren wird.

N. B. **Wien, 15. Septbr.** [Die ungarischen Wirren. Vermischtes.] Täglich fühlt man mehr, daß jetzt erst die eigentliche Reform des Kaiserstaates beginnen könne. Alles ohne Ausnahme, was bis jetzt vorgenommen wurde, kann kaum als Einleitung und Ababahnung betrachtet werden, denn das Gesamtreich in seiner neuen Form erfordert nicht bloß eine entschiedene Ausföhrung, sondern neue Prinzipien. Ungarn, das niemals zu Oesterreich in solcher Weise gehörte, wie es bei einer losen Föderation nöthig ist, erheischt die umfassendsten Maßnahmen, um es der tendirten Centralisation einzufügen. Der schwieriger Krieg, die achthundertjährige Constitution zu entwerfen, und dafür die neue Verfassung in diesem fremden Gebiete zu

kolonisiren, ist im Beginne, wobei die eigenen Kräfte allein ausreichen müssen. Nicht-Ungarn dahin zu senden, wäre ein gefährliches Unternehmen, wogegen auch die Erfahrung in Galizien spricht. Die Landeseingebornen selbst stehen jetzt wie früher in nationaler Parteilichkeit einander gegenüber. Die Romanen schlagen die Magyaren todt. Die Serben wüthen gegen die Deutschen, so daß Letztere nicht mehr nach Neusatz zurückkehren wollen, und die Slovaken, deren politische Nullität sich in den letzten Ereignissen nur allzudeutlich kundgab, werden von einzelnen Führern fortwährend aufgesechelt, um wenigstens eine nationale Bedeutung zu erlangen. Der Widerstand der Kroaten bei der Publikation der octroyirten Charte ist nur durch die Soldatengewalt des F.-Z. M. Jellachich gebrochen, während die Opposition, so wie früher gegen den Patriarchen Rajachich, nun gegen den Banus sich erhebt. Diese inneren Kämpfe fordern eine größere Kräfteanstrengung, als jene mit den Waffen. Das Ministerium ist auch in unausgesetzter, rastloser Thätigkeit, um den massenhaften Stoff wenigstens zu sichten und klar darzulegen. Die nächsten Konferenzen, welche unter dem Vorsitz des Kaisers stattfinden sollen, müssen die Grundlinien feststellen, worauf die Organisation des Reiches innerhalb der Constitution des 4. März gestützt werden soll. Wir glauben, daß weder die äußerste Rechte noch die äußerste Linke, weder die exclusiven Centralisten noch die extremen Föderalisten die Oberhand gewinnen dürfen. — Der Erzbischof von Wien gab eine Erklärung gegen den Wiener Katholiken-Verein, der ultramontaner als der Erzbischof, diesen verunglimpft, weil er über die Klagen gegen die Staatskontrolle über die kirchlichen Angelegenheiten nicht übereinstimmt. — Man hört, F.-Z. M. Radeky wird mehrere Wochen hier verweilen; man glaubt ihn zum Statthalter von Italien designirt. Ihm zu Ehren findet am 24ten ein großes Banquet im Redoutensaal statt. — Einige Journale melden, daß der Kaiser die der Israelitengemeinde von Pesth und Ofen auferlegte Contribution erlassen hat. — Auf der Nordbahn hat sich abermals ein Unglück ereignet, indem ein Extrazug mit dem Lasttrain auf dem Wege von Wien nach Olmütz zusammenstieß, wobei mehrere Menschen das Leben eingebüßt haben sollen.

NB. [Die Komorner Besatzung.] Die Hartnäckigkeit Komorn's, ferneren Widerstand zu leisten, läßt sich theils aus dem Umstande erklären, daß die Offiziere in der Umnesie, welche der Mannschaft zugestanden wird, nicht einbegriffen erscheinen, theils in sie der überaus großen Widerstandsfähigkeit und reichhaltigen Verpflegung der Festung selbst zuzuschreiben, wodurch Männer von persönlichem Muth, so lange sie sich noch stark zum Widerstande fühlten, selten Lust haben werden, einer ungewissen Gnade und Ungnade sich zu begeben, wo ihrer vielleicht der Strick wartet, während sie auf ihrer jetzigen Bahn im schlimmsten Falle den Tod des Kriegers sterben. Nach dem Entsatze des belagerten Komorn am 6. April d. J. entwickelten Klappa und dessen Stellvertreter Oberst Affermann alle mögliche Thätigkeit zur Herstellung der zerstörten Festungswerke und zur Verschanzung der Komorn beherrschenden Höhen des Sandberges am rechten Donauufer. 10 Blockhäuser, Redouten und Flecken wurden auf demselben angelegt, um die Einnahme dieses wichtigen, dem Belagerer unumgänglich nöthigen Punktes zu erschweren. Hierdurch wird es auch möglich, die Besatzung in dem weiten, verschanzten, größtentheils kasemattirten Lager unterzubringen, während andererseits doch die Befestigung des Sandberges die Cernirungslinie um das 4fache verlängert und dem Belagerer die dominirenden Punkte entzogen werden. Jedes einzelne Werk des Sandberges wird mit großem Verlust genommen werden müssen, bevor die Belagerung der eigentlichen Festung erfolgen kann. Der Brückenkopf am rechten Ufer (Donaufort) ist mit bombensicheren Kasematten für 2000 Mann hergestellt worden, dessen Erstürmung 6000 tapfere Männer in Anspruch nimmt. Nach der Lösung dieser heldenmüthigen Aufgabe Seitens der k. k. Truppen bliebe die Hauptsache: die Festung am linken Ufer zu nehmen. Dazu muß natürlich erst die bei 3000 Klafter lange, gegenwärtig völlig ausgebaute Palatinalinie erstürmt werden; selbe umschließt die Stadt und die außerhalb liegenden großen Magazine. Mit der Palatinalinie fällt auch der Brückenkopf am linken Waagufer und die Besatzung müßte sich dann auf die Vertheidigung der innern Festung beschränken. Vor der Palatinalinie wird wegen der steten Ueberschwemmungen des niedern Terrains das Aufführen von Belagerungsbatterien nur durch kostspielige, langwierige Unterbauten stattfinden können und das Lagern der Truppen vor diesem Objekte viele Krankheiten erzeugen. Dasselbe Hinderniß waltet auf dem linken Waagufer vor, wo nach der Erstürmung des minder festen Brückenkopfs noch der mächtige Fluß zu überbrücken kömmt. Außerdem ist die Besatzung auf mehr als ein Jahr verpflegt und erzeugt sich Papiergeld, so viel sie bedarf, um es mit Zwang in Cours zu setzen. Die Besatzung zählt 25000 Mann, 500 Kanonen, wovon 8 Batterien à 8 bespannten Feldpiécen und bei 50 Stück

Wallgeschütze nebst 1400 Bespannungspferden. In der Festung, wo Klapka Gouverneur war, ist Uffermann Kommandant und Thally Fortifikations-Direktor; die Obersten Moris Kosztolányi, Graf Paul Esterházy, Rakovszky und Janik führen Divisionen. — Die Offiziere des Rüdiger'schen Corps sollen sich ungarische Sprachlehren angeschafft haben und wollen ungarisch lernen, senden zugleich an die Lokalbeamten ungarisch verfaßte Weisungen, da sie zum Besatzungskorps bestimmt, wie sie sagen, in Ungarn sich akklimatisiren wollen.

[Oesterreichische Truppenverluste.] In dem ungarischen Kriege und in den beiden italienischen Feldzügen sind von der österreichischen Armee gefallen oder an Krankheiten gestorben zwischen 45—50,000 Mann, darunter allein 15,000 Mann vor Venedig. Augenblicklich befinden sich noch 60,000 verwundet oder in Folge von Kriegsstrapazen erkrankt. Der ganze siebenjährige Krieg hat Preußen — nach der Berechnung Friedrichs des Großen in den oeuvres posthumes — nur 180,000 Mann, Oesterreich nur 140,000 Soldaten gekostet.

[Ueber die Reorganisation der ungarischen Armee] erfahren wir Folgendes: Die ganze Armee wird umgeformt. Alle ungarischen Soldaten mit Einschluß der Offiziere vom Obersten abwärts — nicht bloß die der Honvedbataillone, wie die Zeitungen berichteten — werden als Gemeine in die kaiserliche Armee einrangirt. Ungarische Regimenter wird es fortan nicht mehr geben, nur eine österreichische Armee aus allen Nationalitäten, die Offizierstellen möglichst mit deutschen Offizieren besetzt. Die Organisation einer einheitlichen, nach den Nationalitäten in keiner Weise unterschiedenen Armee erscheint als eine nothwendige Konsequenz der Verfassung von Kremser und beweist von neuem, wie das österreichische Gouvernement, trotz der Zweifel des Hrn. v. d. Pfordten und des Hrn. Römer, die Idee des Einheitsstaates unverrückt im Auge behält.

N. B. Wien, 16. September. [Ungarisches. — Verschiedenes.] Aus Belgrad wird berichtet: Auf der ganzen Linie von Panksova bis Orsova haben sich die magyarischen Truppen nicht getraut, sich auf das serbische Ufer zu begeben, hier die Waffen zu strecken und sich ins Innere des Landes zu verziehen. Kein Magyar betrat also den serbischen Boden; alle ergaben sich den Türken, welche bei Brakorova (Dorf in der Walachei, dicht an der banat. Grenze) mit 800 Mann aufgestellt waren. Nur eine und zwar nicht unbeträchtliche Truppe, bestehend aus Polen, Italienern und Deutschen, unter dem General Bissoki, hat bei Tekije (gegenüber von Orsova) nach Serbien überseht, aber noch am banat. Donauufer die Waffen gestreckt. So unbewaffnet wurden sie mit den serbischen Regierungsfahrzeugen durch zwei Tage und eine Nacht hinübergeführt und alsogleich nach Widdin instradirt, wohin sie bereits gelangt sind. Keiner wollte in Serbien bleiben. — Die Uebergabe der Festung Peterwardein fand, wie bekannt, am 6. früh von halb 8 bis halb 12 Uhr am Belgrader Thore statt. Von der ehemals österr. Mannschaft erschienen viele mit dem schwarzgelben Abzeichen, selbst die Fahne des Dom Miguel-Bataillons wurde mit der schwarz-gelben Färbung den Likkanern übergeben; das Bataill. Gyulai hatte seine ehemalige kais. Fahne vergraben. Der Kommandant Kis erschien in ungarischer Uniform, von den Offizieren mehrere in der österreichischen. Die Festung selbst war in dem besten Zustande. Die Besatzung bestand aus den Infanterie-Bataillons Dom Miguel, Gyulai, d'Este, 2 Honveds-Bataillons und 2 Eskadronen Honveds Husaren; österreichischerseits wurde sie von 4 Infanterie-Bataillons besetzt und G. M. Mamula übernahm das Festungskommando. — Allen polit. Behörden in der Monarchie werden nächstens Steckbriefe zugeschickt werden, welche die Signalements von 69 Personen enthalten, die sich am ungar. Aufstande vorzugsweise betheilig haben. Die hervorragendsten Namen sind: Almasy Paul, Präses des ungarischen Landtags; Bathyani Graf, Baron Bayer (Rupertus); Karl Bem (soll von einer in Pesth erhaltenen Schußwunde eine Narbe im Gesichte haben); Johann Besze; Graf Casimir Bathyan, ungarischer Minister; J. Bangya, ehemaliger Redakteur der Pressburger Zeitung; Viktor August und Johann Balogh; Bödöhy; Csanyi, Regierungskommissär, ehemaliger k. k. Rittmeister; J. Fekete; Franz Flor, Med. Dr.; Literat Fenyes, Präses des Pesther Standrechts; Fauer Martin, Unteroffizier; Horvath, Ober-Notar; Horn, Wirth in Ofen; Hajneck, Chef der ungarischen Polizei; Hamvasffy-Ivanka; Jostka, Assessor des Begnadigungsstuhls; Jonko, Regierungskommissär; Jostka, M.; Szanyi, Reg.-Kommissär; Kossuth; Kossuth Theresie, geborne Meszlenyi; Kepes J.; Lombay Emerich; Lukats Uter; Maro Eduard; Meszaros, gewesener Kriegsminister; Labistaus und Josef Madarasz; Murgu Euthimius; Markus Karl; Nyary Paul; Noisser Richard, Redakteur der Pressburger Zeitung; Nagy; Niczky; Peterdy; Prilecky; Pascaj, gewesener Magistrat; Palocz; Palocz Labistaus; Pichler Johann; Patay Josef; Petöfy, Dichter; Perczel Moriz; Palfy

Josef; Pados Johann, Weltpriester; Somböry; Schröder, Fischmeister; Schächter Johann; Szemere, Minister; Szasz, ehemaliger k. k. Oberlieutenant; Sarközy Josef; Szölösy, ehemal. k. k. österr. orientischer Dolmetscher, Kossuth's Sekretär; Schweidel, General; Tankus, Redakteur; Vukovic, ungarischer Minister; Wetter v. Degenfeld, früher kais. königl. Major; Wasvary; Zalay; Zerffy, Redakteur. — Man will wissen, daß J. M. Radegky zum Statthalter und F. J. M. Haynau zum kommandirenden General im lomb. venez. Königreiche, sowie F. J. M. Heß zum Kriegsminister ernannt werden sollen. Auch soll es im Werke sein, den J. M. Radegky mit einer kais. Familienherrschaft und die beiden F. J. M. Sellachich und Haynau mit Staatsherrschaften zu beschenken. — Zu Ehren Radegky's fand gestern bei Sr. Majestät dem Kaiser in Schönbrunn eine große Tafel von 50 Bedeckten statt, zu der sämmtliche Generale geladen waren. — J. M. L. Moga und G. M. Adam Graf Teleki wurden der Theilnahme am bewaffneten Auftruh schuldig erkannt, beide zur Entsetzung vom bekleideten Charakter, zum Verlust der Pension, und Ersterer zu fünfjährigem Festungsarrest verurtheilt.

R u s s l a n d.

* Warschau, 16. Septbr. Heute 4 Uhr Nachmittags werden die irdischen Ueberreste des verewigten Großfürsten Pawlowicz aus dem Belvedere-Palaste nach der Kathedrale gebracht. Um 3 Uhr versammeln sich die eingeladenen Damen, so wie die Civil- und Militair-Behörden in der Kathedrale. Die Damen in tiefer Trauer; die Civilbeamten in Parade-Uniform mit schwarzem Flor an den Hüften; die Militairs in tiefer Trauer. Personen ohne Trauerzeichen ist der Eingang nicht gestattet. Morgen wird Vor- und Nachmittags die Todtenfeier in der Kathedrale noch besonders begangen werden.

F r a n k r e i c h.

+ Paris, 13. Septbr. [Aussicht auf einen europäischen Kongreß. — Ein dem Papste vom Czaren gemachtes Anerbieten. — Die Permanenz-Kommission. — Die General-Konseils.] Der durch das Schreiben des Präsidenten hervorgebrachte Lärm beruhigt sich endlich. Die Bedeutung, welche die katholischen Blätter dem Verbleiben Fallou's im Kabinet beilegen, und die weder von den offiziellen noch halb-offiziellen Organen bestritten wird, diese Bedeutung, sage ich, ist ein vollkommenes Desaven, ein eigentliches Zurücknehmen des Schreibens. Es ist als nicht dagewesen zu betrachten. — Indes nehmen die Sachen in Gaëta, oder richtiger in Neapel, woselbst der Papst am 4ten angekommen ist, eine für Frankreich sehr ungünstige Wendung. Der Papst, heißt es, werde sich von Neapel nach Loreto begeben und sich da unter den Schutz der österreichischen Fahne stellen. Die Kommission der drei stardinalie werde alsdann auch Rom verlassen und die Verwaltung der Hauptstadt ganz der französischen Behörde überlassen. Einmal, unter dem Schutze der österreichischen Bajonette, werde der Papst den Zusammentritt eines europäischen Kongresses veranlassen, dem die Regelung der römischen Angelegenheit anbeimgelassen werden soll, daß Frankreich bei diesem Kongresse eine traurige Rolle spielen werde, ist leicht vorherzusehen, denn die erste Rolle würde Oesterreich einnehmen. — Andererseits will man wieder behaupten, daß der Papst die Forderungen des Präsidenten der Republik nachgeben, sobald es nicht mehr den Anschein haben werde, daß es auf das Drängen Frankreichs geschehen ist, sondern auf die Rathschläge Oesterreichs. — Daß der Papst übrigens den Beschluß gefaßt hat, das Schreiben des Präsidenten als nicht vorhanden zu betrachten, bestätigt sich, und die Verhandlungen werden demnach fortgesetzt, als wäre gar kein Zwischenfall vorgekommen. — Eine andere ganz unerwartete Meldung ist das Anerbieten des Czaren, dem Papste zu der Anleihe zu verhelfen, deren er so sehr bedarf, und ihm gleichzeitig auch russische Truppen zur Disposition zu stellen. Diese Nachricht scheint mir jedoch noch sehr der Bestätigung zu bedürfen. — Was nun auch aus der römischen Angelegenheit werden mag, so beginnt man, bereits sich darüber zu blästern, da man überzeugt ist, daß kein bewaffneter Kampf daraus entstehen werde, und das Publikum den bloßen diplomatischen Kampf leicht überdrüssig wird. — Die Permanenz-Kommission hat heute entschieden, daß die National-Versammlung an dem einmal festgesetzten Termine des ersten Oktobers nicht zusammentreten soll. — Nach den dem Ministerium zugegangenen Depeschen hat nur das Generalkonseil des Gironde-Departements sich für die sofortige Verfassungs-Revision ausgesprochen. Man kann es als ein Glück für Frankreich ansehen, daß dieses Beispiel keine Nachahmung gefunden habe. Es wäre dadurch eine Agitation im Lande hervorgerufen worden, die die politische, kommerzielle und industrielle Krisis, die schon so lange auf dem Lande lastet, bedeutend vergrößert hätte. Das können die Ultra-Konservativen nicht begreifen.

+ Paris, 14. Sept. [Neue Zwischenfälle. — Finanzielles. — Die Expedition nach Marokko.] Wiederum ein paar Zwischenfälle, wenn auch von keiner besondern Tragweite. General Randon, dessen Ernennung zum Kommandanten en chef der römischen Okkupations-Armee bereits erfolgt war, geht nicht nach Rom. Die ministeriellen Journale geben als Grund hiefür den Umstand an, daß Randon als Protestant wenig tauglich sein würde, Frankreich unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Rom dienen zu können. Das wahre Motiv ist aber — daß sich General Changarnier der Sendung Randons widersetzt hat. Changarnier ist ein persönlicher Feind Randons, und sobald er dessen Ernennung zum Gouverneur von Rom erfahren hatte, begab er sich sofort nach dem Elysée und verlangte stürmisch, daß eine andere Wahl vorgenommen werde. Vergebens wurde ihm bemerkt, daß die getroffene Wahl ein fait accompli sei, daß General Randon bereits Kenntniß von seiner Ernennung habe, und daß es unmöglich wäre, sie zurückzunehmen. Changarnier wollte nicht nachgeben. Da machte man die glückliche Entdeckung, daß Randon Protestant sei, und die ministeriellen Journale konnten nun diesen Umstand als Entschuldigung für die Wankelmüthigkeit des Gouvernements anführen. In keinem Falle aber ist diese Wankelmüthigkeit zu entschuldigen. Ist es wirklich das Glaubensbekenntniß Randons, welches seiner Mission hindernd in den Weg tritt, so hätte man früher daran denken sollen und ihn nicht erst ernennen; kommt das Hinderniß im Gegentheil nur von Changarnier, und ist er so einflussreich, daß man seiner Meinung nachgeben muß, so wäre es angemessen gewesen, ihn über die Wahl vorher zu Rathe zu ziehen. Das Kabinet würde sich das Widersinnige einer innerhalb 48 Stunden beschlossenen und wieder aufgegebenen Ernennung erspart haben. — Der zweite Zwischenfall ist ein etwas furchtsames Dementi, welches die „Patrie“ heute den Behauptungen der katholischen Journale in Betreff des Präsidial-Schreibens zu geben versucht. Die „Assemblée nationale“ hatte geradezu behauptet, daß der Präsident die Erklärung abgegeben habe, seinem Schreiben jeden offiziellen Charakter zu nehmen. Die Patrie sagt von heute, „wir sind ermächtigt, das Alles für unrichtig zu erklären.“ Allein das halb-offizielle Organ des Elysée hat in der letzten Zeit so viele nachher bestrittene Behauptungen gebracht, daß man seinen Berichtigungen nicht mehr traut. — Ein drittes endlich ist, daß Boc und Lagrange im Namen der Bergpartei bei der Permanenz-Kommission den Antrag auf sofortige Einberufung der Kammer gestellt haben. Dieser Antrag wird indes keine weiteren Folgen haben, und er thut nur so viel dar, daß man nach dem Zusammentritt der Kammer die sehr lebhafteste Debatte über die italienische Angelegenheit nicht wird vermeiden können. — An der Börse war viel die Rede von Unterhandlungen der Regierung mit der Bank wegen einer Anleihe von 300 Millionen, welche das Gouvernement noch vor Jahresablauf abzuschließen sich genöthigt sieht. Die Bank, heißt es, werde dem Gouvernement ein Avance von 150 Mill. machen, auf ein Depot von 200 Mill. Insriptionen, für deren Emission man eine günstigere Zeit abwarten wolle. — Die Eröffnung der Verhandlungen in Versailles über das Juni-Komplot ist durch Präsidial-Verordnung auf den 10. Oktober festgesetzt. — Bekanntlich hatte die Regierung eine Expedition nach Marokko beschlossen, um für die von marokkanischen Behörden gegen französische Staatsangehörige begangenen Treulosigkeiten Genugthuung zu verschaffen. Es wird uns aus Louson gemeldet, daß die Expedition am 12. oder 13. d. M. unter Segel gehen sollte.

G r o ß b r i t a n n i e n.

London, 12. Sept. Der pariser Korrespondent der Times will aus zuverlässiger Quelle wissen, daß der Papst in keiner Weise nachgeben wolle, und daß er erklärt habe, er würde eher nach Amerika ziehen, um dort seinen Sitz aufzuschlagen, als solchen Forderungen sich zu fügen.

Lokales und Provinzielles.

* Breslan, 15. Sept. Während das Gastspiel Lichatschek's noch nicht beendet, tritt bereits eine neue Gästin, Fräulein Emma Babnigg auf, als Coloratursängerin eine der gefeiertsten Deutschlands. Fräulein Babnigg hat vor drei Jahren im Pariser Conservatoire den ersten Gesangspreis gewonnen. Fast zwei Jahre lang war sie erste Sängerin des Hamburger Stadt-Theaters. Um Ostern dieses Jahres reiste Fräulein Babnigg nach London, wo sie vier Monate lang verweilte und in vielen Concerten Ruhm und Geld erntete. Sie sang u. A. in Exeterhall, im Philharmonique, in den Soireen der Noblesse. Die Königin Victoria ließ die Sängerin zu sich in Buckingham-Palace einladen und wurde namentlich durch den elegischen Gesang derselben in so hohem Grade bezaubert, daß Fräulein Babnigg nicht nur wiederholt vor der Königin sang, sondern

zuletzt ihre Abreise um 8 Tage aufschoben mußte, weil die Königin sie in einem eigenhändigen Schreiben aufforderte, noch einmal auf der Insel Wight zu singen. Zuletzt ist Fräulein Wabnigg in Hamburg, auf allgemeinem Wunsch des Publikums, noch an vier Abenden, gleichzeitig mit Herrn Roger, erstem Tenor der großen Oper zu Paris, aufgetreten. Die Künstlerin bringt von dort reiche, frische Lorbeerkränze mit, die hier in Breslau gewiß sich jung erhalten werden.

* **Breslau, 17. Sept.** Künftigen Mittwoch am 19. September unternimmt der berühmte Luftschiffer Corwell aus London hier seine 121ste Luftreise. Herr Corwell nimmt Reisegefährten an und läßt sich für eine solche Fahrt 25 Rtl. bezahlen.

□ **Natibor, 16. Septbr.** [Militärisches. — Ernte.] In diesen Tagen wird uns das Streblitzer Landwehr-Bataillon verlassen, und nach Streblitz zurückkehren, dagegen das hiesige Landwehrbataillon, von Reife kommend, hier eintreffen und 200 Mann stark einweilen verbleiben. — Die Kartoffelernte in hiesiger Gegend wäre eine sehr günstige gewesen, wenn nicht der anhaltende Regen, der auch die Arbeiten für den Winter sehr gestört hat, fast überall Fäulniß hervorgerufen hätte. An manchen Orten ist der Nachtheil recht bedeutend.

Oppeln, 14. Septbr. [Unfall auf der Eisenbahn. — Jubiläum. — Verschiedenes.] Bei dem gestrigen zweiten Breslau-Myslowitzer Personenzuge fand in der Nähe von Dhlau ein Unfall statt, indem eine unweit der Bahn weidende Kuh durch das Geräusch des ankommenden Zuges scheu gemacht, denselben entgegen lief und überfahren wurde. Hierdurch gerieth einer der Packwagen außerhalb des Gleises und konnte erst nach zwei Stunden Aufenthaltes auf freiem Felde die Fahrt fortgesetzt werden. Eine Beschädigung von Personen hat glücklicher Weise nicht stattgefunden. — In diesen Tagen feiert der geheime Regierungsrath Bierwald sein 50jähriges Amtsjubiläum. Es soll dieses Fest durch ein Zweckessen gefeiert werden, und läßt sich eine allgemeine Theilnahme daran wohl voraussetzen, da der Jubilar als ein wahrhaft humaner Mann in allen Kreisen der Gesellschaft hochgeachtet ist. — Auch hier beginnt sich wiederum die Kartoffelfäule in bedrohlicher Weise zu zeigen. — In mehreren Orten ist der Milzbrand unter dem Rindvieh ausgebrochen und sind bereits mehrere Menschen in Folge des Genusses vom Fleische kranker Thiere am Milzbrand Karbunkel erkrankt, und sogar die Wittwe Koska in Mechinitz daran gestorben. — Durch die in Aussicht stehende Verlegung eines Departements-Oberpostamtes in hiesige Stadt, hat sich für Oppeln eine erfreuliche Aussicht eröffnet. — Die Anlegung der elektro-magnetischen Telegraphenverbindung ist bis hierher geschehen. Man hofft durch dieselbe späterhin auch wichtige Privatmittheilungen schneller befördern zu können. (Bürgerfr.)

P. Jauer, 15. Sept. [Markt. Cholera. Militär.] Auf dem am 12. September hier abgehaltenen Viehmarkt waren zum Verkauf aufgetrieben: 818 Pferde, 843 Stück Rindvieh. Betrachtet man das Ergebnis des Juni-Marktes, so findet sich, daß die Anzahl der Pferde abgenommen hat, während diesmal weit mehr Rindvieh aufgestellt war. Vielleicht drängen die für die Landwirthe ungünstigen Zeitumstände viele derselben zum Verkauf der Nutzthiere; auch mag die schon so lange anhaltende Trockenheit des Bodens Futtermangel befürchten lassen. — Mit den Marktpreisen waren die Verkäufer im Allgemeinen sehr unzufrieden. Es scheint, daß die hier noch herrschende Seuche viele Kauflustige entfernt gehalten hat. Hoffen wir, daß es bis zum nächsten Markte der hier schon lange bestehenden Sanitätskommission, welche zwar bisher sehr im Stillen aber gewiß desto segensreicher gewirkt hat, möglich sein wird, die Cholera auf möglichst kleinen Raum zu beschränken. — Plötzlich ist auch wieder der Bau eines Leichenhauses angeregt worden. Freiwillige Geldspenden sollen theilweis die Kosten decken. Nun wir denken: Mit dem Verschwinden der Seuche wird wohl der Gedanke an den Scheintod wieder in Hintergrund treten, und dann — bleibt es wieder beim Alten. — Auf die neue Woche wird uns, wie man sagt, das hier stehende Militär verlassen. Die Breslauer Landwehrmänner gehen nach Brier.

* **Schweidnitz, 17. Septbr.** [Schwurgericht. Garnisonveränderungen.] In voriger Woche haben in unserer Stadt die ersten Affissen stattgefunden. Bei denselben fungirte als Präses der Kreisgerichts-Direktor v. Hugo, als Staatsanwalt der Assessor Nessel, von denen namentlich der letztere eine längere zweckmäßige Anrede an die Geschwornen hielt. Die Sitzungen wurden am 14ten und 15ten d. M. abgehalten, von 36 Geschwornen, die anwesend sein sollten, waren nur 32 erschienen, von zweien der Fehlenden war das Ausbleiben genügend motivirt. Die erste Anklage, die am 14ten Vormittags verhandelt wurde, betraf einen Diebstahl; der Thäter war des Faktums selbst eingeständig, die Geschwornen hatten das „Schuldig“ nur zu bestätigen. Der zweite Fall, der zur Verhandlung kam, war complicirter Art. Gegen einen Dorfschulzen war wegen unehrerbietiger Aeußerungen, die er gethan haben sollte, vom Staatsanwalt die Anklage auf Majestätsbeleidigung erhoben worden. Die Vertheidigung des Angeschuldigten führte der hiesige Rechts-Anwalt Schwarz, welcher zehn der durch das Loos gezogenen Geschwornen verwarf, während der Staatsanwalt nur zwei derselben refüsirte. Die Geschwornen thaten auf die ihnen vorgelegte Frage den Ausspruch, daß der Angeklagte des ihm zur Last gelegten Verbrechens nicht schuldig sei, worauf derselbe vom Gerichtshofe freigesprochen wurde. Damit endeten die Verhandlungen vom 14ten d. M. Am 15ten des Morgens wurden dieselben von Neuem aufgenommen; die Verhandlung betraf einen Diebstahl, die Geschwornen erkannten die Anklagen des ihnen zur Last gelegten Vergehens als schuldig an, worauf der Staatsanwalt seinen Antrag auf Bestrafung begründete, den der Gerichtshof bestätigte. Die Verhandlungen fanden in dem Lokale am Ringe über der Hauptwache statt, in dem die Stadtverordneten ihre Sitzungen abhalten. Die Lokalität hat sich als nicht ausreichend erwiesen, und es wird behufs des großen politischen Prozesses, der gegen Ende November vor die Affissen kommt, wie wir hören, ein größeres Lokal beschafft werden. — Am Morgen des 13ten d. M. ist das 1. Bataillon des 11. Infanterie-Regiments der Linie, das seit länger als einem Jahre hierorts in Garnison gestanden, nach Breslau, von wo es im vorigen Jahre hierher verlegt worden war, zurückgekehrt; später rückte als Ersatz der abgegangenen Mannschaft das 2. Bataillon des 23. Infanterie-Regiments der Linie in unsere Stadt ein. An demselben Tage kehrte das 3. Landwehr-Bataillon des 11. Infanterie-Regiments von hier, wo es seit dem November vorigen Jahres in Garnison gestanden, nach der Grafschaft, deren Bereich die Mannschaften angehören, zurück; heute trifft von Glas die hiesige Landwehr (das 3. Bataillon des 10. Infanterie-Regiments) wieder in unserer Stadt ein.

Mannigfaltiges.

— [Prag.] Professor Purkinje, der berühmte Physiologe, gegenwärtig in Breslau, ein geborner Böhme, soll an die Stelle des zurückgetretenen Prof. Patruban berufen werden. (Lloyd.)

— (Berlin.) Es ist bekannt, daß der Direktor Kaulbach aus München gegenwärtig mit seinen Schülern Echter und Muhr die großen historischen Wandgemälde im Stiegenhause des hiesigen prachtvollen Museums ausführt. Neu und interessant dürfte jedoch die Mittheilung sein, daß er diese Arbeit nicht, wie man allgemein glaubt, in dem bisher üblichen al fresco, sondern nach der vom Prof. Fuchs in München erfundenen neuen Wandmalerei unternommen hat, weil letztere bequemer, dauerhafter, frischer und der Gesundheit des Künstlers fast gar nicht, oder doch bedeutend weniger schädlich ist, als das al fresco der Italiener. Die Einführung dieser neuen Wandmalerei im Großen, deren Erfindung eine rein deutsche ist, hat man dem Herrn Kaulbach zu verdanken. Derselbe geht im Oktober nach München zurück, will aber schon im April nächsten Jahres zur Fortsetzung seiner Kunstwerke wieder hier eintreffen. Fünf bis sechs Sommer dürften indeß wohl noch vergehen, ehe seine Arbeit hier vollendet ist.

Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 9. bis 15. September d. J. wurden befördert 8399 Personen, und eingenommen 13276 Rtlr.

Reife-Brieger Eisenbahn.

In der Woche vom 9. bis 15. September d. J. wurden befördert 1268 Personen und eingenommen 799 Rtlr.

Kraukau-Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 9. bis 15. September d. J. wurden befördert 1864 Personen und eingenommen 2308 Rtlr.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

In der Woche vom 9. bis 15. September d. J. wurden befördert 4595 Personen und eingenommen 3369 Rtlr. 13 Sgr. 8 Pf.

Sächsisch-Schlesische Eisenbahn.

Frequenz und Einnahme im Monat August 1849 für 42,824 Personen 19,606 Rtlr. — Sgr. 1 Pf. = 85,162,25 Ctr. Güterrc. incl. Post- u. Salzfracht 13,272 = 17 = 1 = 32,878 Rtlr. 17 Sgr. 2 Pf.
E i n n a h m e Rtlr. Sgr. Pf.
vom 1. Jan. bis 31. August 1849 232,044 10 8
vom 1. Jan. bis 31. August 1848 198,445 9 2

Insertate.

Vom 15ten bis 16. Septbr. Mittags sind an der Cholera 4 Personen als erkrankt, 5 als gestorben und 1 Person als genesen; von gestern Mittag bis heute Mittag 3 Personen als erkrankt, 3 als gestorben und keine Personen als genesen amtlich gemeldet worden.

Beim Militär hat sich seit vorgestern nichts geändert. Breslau, den 17. September 1849.

Königliches Polizei-Präsidium.

Aufforderung.

Diejenigen hiesigen Haushälter, welche noch mit der Zahlung der Feuer-Societäts-Beiträge für die Zeit vom 9. Februar bis 1. Oktober 1848 im Rückstande sind, fordern wir hiermit auf: diese Beiträge nunmehr ohne weiteren Verzug zu unserer Instituten-Haupt-Kasse einzuzahlen, um sich Kosten zu sparen und uns der Nothwendigkeit zu überheben, die Einziehung zwangsweise, mit welcher die Exekutoren bereits beauftragt sind, zu bewirken.

Breslau, den 6. September 1849.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Zur Vorberathung über die Wahl eines Handelskammer-Mitgliedes und Stellvertreters findet im Saale der Erholungs-Gesellschaft, Nikolaistraße Nr. 7, 1 Treppe hoch, heute Die 18. tag den 18. Sept., um 5 Uhr, eine Versammlung statt.

Glas, 15. Septbr. [Schützengilde.] Auf Seite 2310 Nr. 214 dieser Zeitung wird die Angelegenheit des Neubaus des hiesigen Schützenhauses in einer Weise verhandelt, die mit Bezug auf den Zusammenhang der Sache wohl die nachstehende Berichtigung verdient. — Das Gesuch der Schützengilde wegen zinsfreier Stundung der Materialien und Ueberlassung von 1500 Rthlr. aus der Sparrkassa gegen Zinsen, ging an den Magistrat und nachdem dasselbe, wie es mit allen wichtigern Sachen nicht anders geschehen darf, in der Session geprüft und das Dafür und Davider erwogen war, wurde beschossen: die Stadtverordneten-Versammlung auf die der Gewährung entgegenstehenden Bedenken aufmerksam zu machen, ohne dem Beschlusse derselben irgend wie vorzugreifen. — Dem Herrn Kammerer Koch hat nun allerdings die Ausarbeitung dieses Beschlusses obgelegen, welcher von den Mitgliedern des Magistrats auch genehmigt und vollzogen wurde. Dies der Herrschaft der Sache, so weit der Herr Kammerer in seiner Eigenschaft als Vertreter des Dirigenten dabei theilhaftig. Haben nun die vom Magistrat in Erwägung gegebenen Bedenken die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer Majorität bestimmt, sich diesen Bedenken anzuschließen und hatte die Widerlegung derselben durch den Herrn Vorsteher der Versammlung nicht den von der Gilde — deren thätiges Mitglied der Herr Kammerer selbst ist — erwarteten Erfolg, so wird dieser jedenfalls in der Ueberzeugung der Mehrheit der Herren Stadtverordneten seinen Grund finden, da es nach § 108 und 110 der Städteordnung in den Händen der Versammlung lag, den gestellten Antrag zu genehmigen oder zu verwerfen. — Haben ferner die Herren Zeidler und Griesner dazu beigetragen, den Beschluß der Versammlung, so wie er erfolgte, herbeizuführen, so wird ihnen, wenn auch nicht die Anerkennung des andern Meinung hegenden Theiles der Schützen-Gilde, dennoch aber die Anerkennung der Kommune „parteiios und ihrem Amte getreu behandelt zu haben“ nicht fehlen.

Oberschlesische Eisenbahn.

Zufolge höherer Anordnung werden vom 1. Oktober d. ab unsere Dampfwagen-Züge nicht nach der Berliner, sondern nach der betreffenden mittleren Ortszeit in Gemäßheit unseres Fahrplans abgelassen werden, wovon wir das reisende Publikum hierdurch in Kenntniß setzen. Breslau, den 12. September 1849. Das Direktorium.

Die Eröffnung der Blumen- und Frucht-Ausstellung des Central-Gärtner-Vereins für Schlessien findet, wie bereits unterm 11. d. angezeigt, im Tempelgarten (an der Promenade) am 22., Mittags 11 Uhr, statt und dauert bis zum 25. Abends. Die Entloftung der Gegenstände zur Ausstellung wird vom 20. bis 21. Abends gewünscht. Die Herren Gärtner und Gartenfreunde werden freundlichst ersucht, sich nach Kräften daran zu betheiligen. Der Vorstand.



Ungeachtet unsern Hülfsboten und Arbeitern ein höfliches und artiges Betragen gegen das Publikum aufs Strengste von uns zur Pflicht gemacht worden ist, so haben wir doch dieser Tage eine Beschwerde über das Segenheil hören müssen, die jedoch zu allgemein gehalten und zu spät angebracht war, um die Sache nach Wunsch untersuchen zu können. Wir ersuchen daher auf das Dringendste, sobald einer unserer Leute sich ein ungebührliches Benehmen bei Abholung oder Ablieferung von Gütern zu Schulden kommen läßt, einem der Unterzeichneten davon sofortige Anzeige unter genauer Bezeichnung des betreffenden Hülfsboten zu machen, um diesen noch an demselben Tage zur Rechenschaft ziehen zu können. Die Spediteure der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn Meyer H. Berliner. H. E. Günther. C. G. Raerger. Johann M. Schay.

Theater-Nachricht.

Dinstag, zum 2ten Male: „Der Meister und seine Gefellen.“ Dramatisches Gemälde aus dem Volksleben in 5 Akten und einem Vorspiel, nach dem Französischen von F. Heine.

Mittwoch: Aechtes Gastspiel des königl. sächs. Hof-Drapensängers Herrn Lichatschek aus Dresden. „Robert der Teufel.“ Große Oper mit Tanz in 5 Akten, Musik von Meyerbeer. — „Robert“, Herr Lichatschek.

Loose à 2 Rthlr. zur Abonnements-Verloofung sind im Theater-Bureau und im Comtoir, Herrenstraße Nr. 28, Morgens von 9—12 und Nachmittags von 2—4 Uhr zu haben.

Die Ziehung findet Sonnabend den 22. September statt.

Verlobungs-Anzeige.

(Statt jeder besonderen Meldung.) Die am 15. d. M. vollzogene Verlobung unserer Tochter Hedwig mit dem königl. Kreis-Gerichts-Depositat-Kassen-Rendanten Herrn Robert Kindler zeigen wir hiermit ergebenst an. Breslau, 16. Sept. 1849.

Tuszyński nebst Frau, königl. Haupt-Steuer-Amts-Assistent. Als Verlobte empfehlen sich: Hedwig Tuszyńska, Robert Kindler.

Als Verlobte empfehlen sich: Luise Felsch, geb. Pohl, Adam Jungk. Breslau und Gienach, im Septbr. 1849.

Entbindungs-Anzeige.

Diese Nacht 11 Uhr ist meine geliebte Frau Renette, geb. Danziger, von einem munteren Mädchen glücklich entbunden worden. Diese Nachricht widmet allen seinen Freunden und Bekannten, statt jeder besonderen Anzeige:

Dr. Hollaender, Groß-Strebisch, den 15. September 1849.

Entbindungs-Anzeige.

Die heut erfolgte Entbindung meiner Frau Antonie, geb. Schulze, von einem tothen Knaben zeige ich hiermit Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst an.

Schweidnitz, den 16. September 1849. Dr. J. Schmidt.

Todes-Anzeige.

Den 14. September, Nachmittags 4 1/2 Uhr, starb nach schmerzlichen Leiden Frau Renate Hübler, geb. Beck. Verwandten und Freunden zeige dies, um stille Theilnahme bittend, ergebenst an:

J. Hübler, als Witte. Christiane Beck, verehelichte Leichgräber, als Tochter. Robert Leichgräber, Schwiegerohn. Zebten und Breslau, 18. Septbr. 1849.

Todes-Anzeige.

Der liebe Gott nahm mit meinen Gatten, und Kindern den guten Vater und sorgenvollen Ernährer, den Wirthschafts-Beamten Carl Bernoth, am 12ten d. M. Nachm. 4 Uhr nach kurzem Leiden zu sich. In dem wir dies unsern lieben Verwandten und Bekannten anzeigen, bitten wir unsern herben Schmerz in schweigendem Bauen zu ehren. Sora im Großh. Posen, 15. Sept. 1849. Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Nach langem Leiden starb gestern an Unterleibs-Krankheit unsere geliebte Mutter und Auserwählte, Frau Wilhelmine Merker, geb. Gramer, im Alter von 69 Jahren und 7 Monaten.

Um stille Theilnahme bittend, zeigen dies entfernteren Bekannten, statt besonderer Meldung, ergebenst an: Die Hinterbliebenen. Landeshut, den 15. September 1849.

Todes-Anzeige.

Am 16. d. M. entschlief nach kurzem aber schwerem Krankenlager in dem blühenden Alter von noch nicht 25 Jahren unserer biederen Freund und Colloge Hunger. Tief betrauern wir sein so frühes Dahinscheiden. Schweidnitz, den 17. September 1849. Die Lehrer der evangel. Stadtschule.

Todes-Anzeige.

Statt jeder besondern Meldung zeige ich allen theilnehmenden Verwandten und Freunden ergebenst an, daß mir am 16. d. Mts. meine liebe Frau Tecla, geb. v. Adelsstein, durch den Tod entrissen wurde. Breslau, den 17. Septbr. 1849. Friedrich v. Sebottendorff, Hauptmann a. D. Heinrich, Hugo, Hermine, als Kinder.

Sing-Akademie.

Mittwoch, den 19. September erste allgemeine Versammlung nach den Ferien.

Herr Kessler und Marc Dine Ihr werdet kein Rossine Mit eurer Kunst macht sine.

Theatralisches.

Routinirten Schauspielern und Schauspielerinnen weist sofort unter Angabe des Repertoires und Bedingungen auf persönliche oder portofreie Anfragen Engagements nach: Hermann Beck, in Reiffe im Kaufmann Glenserschen Hause.

Nothwendiger Verkauf.

Die, dem Karl Samuel Pähold gehörige Mühlenbesitzung Nr. 53 zu Gabitz bei Breslau, mit allen Zubehörungen, welche nach der, nebst Hypothekenschein in unserer Registratur einzusehenden Lage auf 9070 Rtl. abgeschätzt ist, soll auf dem

19. Oktober 1849, Vormittags 10 Uhr, an unserer Gerichtsstelle subhastirt werden. Breslau, den 29. März 1849. Königlich Landgericht.

Bekanntmachung.

Der hiesige Bürgermeister- und Syndikus-Posten, mit welchem ein jährlicher Gehalt von 600 Rtl. ohne alle sonstige Einkünfte verbunden, ist erledigt und soll dieses Amt wieder vorläufig auf 6 Jahre vergeben werden. Hierauf reflektirende qualifizierte Bewerber ersuchen wir, unter Abgabe der erforderlichen Atteste bis spätestens den 15. Oktober d. J. bei dem Stadtverordneten-Vorsteher sich zu melden. Neustadt D/S., den 15. Septbr. 1849. Die Stadtverordneten-Versammlung.

Offener Bürgermeister-Posten.

Wir finden uns veranlaßt, den Termin zur Anmeldung qualifizierter Bewerber um den bei hiesiger Stadt vacant werdenden Bürgermeist r-Posten, mit welchem ein jährlicher Gehalt von 1000 Thaler verbunden ist, bis zum letzten Oktober d. J. zu verlängern. Die diesfälligen Anmeldungen sind an unsern Vorsteher, Herrn Buchdrucker Falck, zu richten und von demselben die näheren Bedingungen zu erfahren. Brieg, den 14. September 1849. Die Stadtverordneten.

Preiosen-Auktion.

Freitag den 21. d. M., Nachmitt. 3 Uhr, sollen aus dem Nachlasse des Exekutions-Inspectors Seeger ein Halsband von Brillanten, dergl. Ringe und Brochen zc., goldne und silberne Münzen und Medaillen, verschiedenes Silbergeschirr zc. in Nr. 15 Ritterplatz (ehemaliges Ob-L-Gericht) gegen baare Zahlung versteigert werden. Breslau, den 14. September 1849. Hertel, Kommissionsrath.

Pferde-Auktion.

Sonnabend den 22. d. M. früh 9 Uhr werden auf dem Friedrich-Wilhelms-Platz im Bürgerweber gegen 50 durch die neue Formation der Artillerie-Brigade überzählig werdende Pferde gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert werden. Breslau, den 17. September 1849. Das Kommando der 2. Abtheilung der Artillerie-Brigade. In Vertretung: Krause, Major.

Verdingung.

Die Anfuhr der am Lager zu Strachwitz befindlichen 172 Schacht Kies zur Straße von Groß-Mochbern bis Breslau soll Mittwoch den 19. d. M., Nachmittags 2 Uhr, im Chauffehause zu Groß-Mochbern an den Mindestfordernden öffentlich verdingen werden, wozu Unternehmer hiermit eingeladen werden. Breslau, den 15. September 1849. Schnepel, Wegebaumeister.

Porzellan-Auktion.

Mittwoch den 19. d. Mts. und folgende Tage Vormittags von 9 Uhr und Nachmittags von 3 Uhr ab, werde ich im alten Rathshaus 1 Treppe hoch eine bedeutende Partie Porzellan gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigern. Saul, Auktions-Kommissarius.

Flügel-Auktion.

Donnerstag, den 20. Sept., Mittags 12 Uhr, werde ich im alten Rathshaus, 1 Treppe hoch, einen Toktavigen Flügel von Kirschbaumholz öffentlich versteigern. Saul, Auktionskommissarius.

Verzeichnisse.

der im Freien ausdauernden in- und ausländischen Bäume, Sträucher, so wie der Obstsorten, welche in den Plantagenärzten zu Althalbensleben bei Magdeburg verkauft werden, sind bei uns gratis zu haben. C. Hoffmann u. Comp., Blücherplatz Nr. 9.

Messergasse Nr. 18/19 sind gut möblierte Zimmer auf Tage, Wochen und Monate zu vermieten. Näheres bei Wittwe Grosse.



Mr. Henry Coxwell aus London

beehrt sich hiermit ergebenst anzuzeigen, daß er mit hoher obrigkeitlicher Erlaubniß am Mittwoch den 19. September seine 121ste Luftschiffahrt vom Hofe der hiesigen Gaserleuchtungs-Anstalt antreten wird.

Die Füllung des Ballons beginnt um 3 Uhr, die Abfahrt um 5 Uhr.

Der Ballon ist von 800 Ellen schwerem seidnen Zeuge angefertigt, hat eine Höhe von 68 Fuß und 125 Fuß im Umfange. Derselbe nimmt 30,000 Kubfuß Gas ein. Herren oder Damen, welche die Luftreise mitzumachen wünschen, werden gebeten, sich unverzüglich wegen der näheren Bedingungen bei Mr. Coxwell im Hotel zur goldnen Gans zu melden.

Eröffnung der Kasse 2 1/2 Uhr.

Preise der Plätze: Erster Platz 12 1/2 Sgr., zweiter Platz 7 1/2 Sgr., dritter Platz 2 1/2 Sgr.

Billets erster Platz 10 Sgr., zweiter Platz 5 Sgr. sind bis vor Eröffnung der Kasse zu haben im Hotel zur goldnen Gans.

Ostsee-Zeitung

und

Börsen-Nachrichten der Ostsee.

Mit dem 1. Oktober beginnt ein neues Abonnement auf dieses Journal. Dasselbe wird fortfahren, die Tagesfragen, namentlich die jetzt in den Vordergrund tretenden finanziellen, in durchaus unabhängiger Weise zu besprechen. Daneben bleibt die möglichst schnelle Mittheilung der wichtigsten politischen Ereignisse und eines vollständigen Materials an Handels- und Schiffahrts-Nachrichten, so wie der bemerkenswerthen Erscheinungen im Gebiet der Landwirtschaft und der gewerblichen Thätigkeit, Hauptaugenmerk. Wir bemerken, dass wir wie bisher die Pariser und wichtigeren Londoner Nachrichten am dritten Tage bringen werden. Die Zeitung wird hier so früh expedirt, dass sie in Berlin noch am Abend ihres Erscheinens und zur Versendung nach Magdeburg, Breslau etc. mit den Nachtzügen, am nächsten Morgen eintrifft.

Der Abonnementspreis für die Zeitung ist bei allen preussischen Postämtern zwei Thaler und für die Stettin-Swinemünder Einfahrlisten ein Thaler vierteljährlich. Stettin, im September 1849. Die Redaction.

Schul- und Pensions-Anzeige.

Der Winterkursus in meiner Erziehungsanstalt für Töchter beginnt den 4. Oktober. Für Aufsicht und gründlichen Unterricht, der sich außer den Elementargegenständen auch auf Englisch, Französisch und die Realwissenschaften erstreckt, ist bestens gesorgt. Auch können noch eine oder zwei Pensionärinnen aufgenommen werden. Dr. Scheder, Blücherplatz Nr. 7, zweite Etage.

Schul- und Pensions-Anzeige.

Bis zum 1. Oktober werden Anmeldungen neuer Schüler und einiger Pensionäre angenommen. Breslau, Albrechtsstraße Nr. 33. G. Geppert, Vorsteher einer höhern Knaben-Unterrichts-Anstalt.

Nicht zu übersehen.

Ein Rittergut mit circa 1500 M. Areal, Acker 1. Kl., 3jährigen Weiden, prächtigem Walde (für 30,000 Rthl. schlagbarem Holz), rentabler Ziegelei und Knochenmühle, durchaus massiven Gebäuden, elegantem Schlosse und schönem Inventarium, in der schönsten Gegend der preuß. Oberlausitz, ist mit 10—15,000 Rthl. baarer Anzahlung (Ausgleichung der Kaufgelder mit Hypotheken);

Ein Rittergut mit circa 1600 M. Areal (höchst brillant), Acker 1. Kl., prächtigen Kiefernweiden, schön bestandenen Walde (30,000 Rthl. schlagbarem Holzwerthe), sehr rentabler Ziegelei, massiven Gebäuden, prächtvollem Schlosse zc., in der sächsischen Schweiz, bei 15—25,000 Rthl. Anzahlung und vortheilhaften Hypotheken-Verhältnissen;

Ein Rittergut mit 1650 M. und eines dergleichen mit circa 1300 M. Areal und Weizenboden 1. Kl., prächtigen Weiden, Laubholzwalde, durchaus massiven, fast neuen Gebäuden, schönen Schlössern zc., in der schönsten Gegend Niederschlesiens, mit 40 resp. 20,000 Rthl. Anzahlung;

Ein Rittergut mit 2453 M. Areal, Acker 2. und 3. Klasse, schönen Weiden, 1700 M. Wald, massiven Gebäuden und schönem Schlosse, in der Niederlausitz, billig und leicht erwerbbar;

Ein Rittergut mit 1646 M. Areal, Acker, meist 1. Kl., schönen Weiden und bestandenen Walde, taxirt auf 80,000 Rthl., billigst bei 12—20,000 Anzahlung;

Ein Bauerntum mit 160 M., in Niederschlesien, bei 1000 Rthl. Anzahlung;

Ein Fabrikgeschäft incl. Haus, in einer Provinzialstadt, sehr rentabel, weder der Mode noch einer Concurrenz unterworfen, mit 3000—3500 Rthl. Anzahlung (Sachkenntniß ist nicht erforderlich);

Zwei Spezerei-Handlungen in belebten Provinzialstädten, incl. Häuser; billig und leicht erwerbbar; zu verkaufen. Ernstliche Käufer erfahren das Nähere im Central-Adress-Bureau, Kupferschmiede-Straße Nr. 37.

Dasselbst wird auch ein kautionsfähiger Ziegelmeister, ein Wirthschaftsbeamter und ein Wirthschaftsleude gesucht.

Badische und Kurhessische Prämien-Ziehung

am 30. November und 1. Dezember 1849, der Staats-Anlehen von 14,000,000 Fl. und 6,725,000 Thaler pr. Cour. Für obige beide Anlehen kann man sich bei dem unterzeichneten Handlungs-hause mit 2 1/2 Thaler pr. Cour. (oder für Badische mit 1 Thaler und Kurhessische mit 1 1/2 Thaler) unter portofreier Zusendung betheiligen.

Moriz Hirsch,

Effekten- und Staatspapier-n-Geschäft in Hamburg.

Achtbaren Leuten übertrage ich den Verkauf unter vortheilhaften Bedingungen. D. D.

Kaffeehaus-Verkauf.

Ein sehr freundlich und vortheilhaft gelegenes Kaffeehaus, mit schönem Garten, worin Concerte zc. gegeben werden, mit vorzüglichem Wein-, Obst- und Spargel-Anlagen zc., auch Billard und Regelpahn, nahe bei einer sehr belebten Kreisstadt, ist wegen eingetretenen Familien-Verhältnissen für einen sehr billigen Preis, bei mäßiger Einzahlung sofort zu verkaufen. Hierauf Reflektirende wollen sich gefälligst bis zum 1. Oktbr. d. J. melden. Näheres Auskunft ertheilt Herr Eduard Better in Breslau, Junkernstr. 8.

Ein Wirthschafts-Beamter, jung und militärfrei, aus reeler Familie und mit guten Zeugnissen versehen, wünscht zu Michaelis eine Anstellung. Näheres Herrenstraße Nr. 20, im Komptoir.

Aufforderung.

Den Keller Julius Pawlitzka, früher beim Gastwirth Erm zu Tarnowitz, fordere ich hiermit auf, mir seinen gegenwärtigen Aufenthaltsort ungesäumt anzuzeigen. Schloß Neudeck, den 15. Septbr. 1849. Rathmann.

Ein Lehrling

für eine Kurzwaaren-Handlung, welche mit einem Fabrik-Verordnungs-Geschäft verbunden ist, findet ein baldiges Unterkommen, wenn derselbe im Gebrauch der Feder, wie überhaupt mit Schulkenntnissen gut vorgebildet ist. Das Nähere Ring Nr. 34, zweite Etage.

103 Stück fette Bracken stehen auf dem Dominium Schützendorf bei Bernstadt zum Verkauf.

Berlin's Gewerbe-Ausstellung.

Es hat die wohlthätige Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn die Güte gehabt, für die Gewerbetreibenden die Ermäßigung des Fahrgebühres von Breslau nach Berlin und wieder zurück gegen Vorzeigung der von dem Breslauer Gewerbe-Verein ausgefertigten Legitimationen bis zum 24. d. M. mit der Bedingung zu genehmigen, daß der Aufenthalt in Berlin drei Tage dauern darf, wenn die Nachtzüge benutzt werden.

Um nun aber auch den Gewerbetreibenden Ober-Schlesiens nutzen zu wollen, hat die wohlthätige Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn sich ebenfalls bereit finden lassen, die Vergünstigung auf freie Rückfahrt gütigst zu genehmigen, wenn sich der Reisende durch Legitimation des Breslauer Gewerbe-Vereins ausweist.

Gegen Vorzeigung der Postkarte kann die Legitimation in Empfang genommen werden bei:

- Wolter**, Gr. Groschengasse Nr. 2.
- Heiber**, Blumenstraße Nr. 2.
- Duflos**, Universitäts-Apotheker.
- Hartig**, Weidenstraße Nr. 22.
- Bischel**, Weidenstraße Nr. 5.
- Schott**, Neue Sandstraße Nr. 17.
- Jankowsky**, Klosterstraße Nr. 7.
- Wohlmann**, Schmiebedrücke Nr. 58.
- Reugebauer**, Tauenzienstraße Nr. 27.
- Jurock**, Kupferschmiedestraße Nr. 22.
- Hipauf**, Oderstraße Nr. 28.

Heiraths-Gesuch.

Ein junger gebildeter Mann, 26 Jahr alt, von angenehmem Aussehen, reellen Charakters, Geschäftsmann in einem Städtchen Schlesiens, sucht wegen Unbekanntschaft auf diesem Wege der Öffentlichkeit eine Lebensgefährtin, Mädchen. Wirklichkeit, Herzensgüte, mit einem disponiblen Vermögen von circa 5 bis 6000 Rthl., zwischen 22 und 25 Jahren, würden die Ansprüche sein. Hierauf Reflektirende wollen ihre Offerte unter der Chiffre G. M. poste restante Breslau, bei Versicherung strengster Verschwiegenheit abgeben.

Ein des Gemüsebaues und der Baumzucht kundiger, thätiger, unverheiratheter Gärtner, der die Bedienung zu machen und mit einem Gewehr umzugehen versteht, gute Arbeit seiner Brauchbarkeit vorzuweisen vermag, findet zu Michaelis auf dem Dom. Schützenhof bei Bernstadt einen Dienst. Darauf Reflektirende haben sich daselbst oder den 22. in Breslau im Hotel de Saxe zu melden.

Eine hier selbst zwischen dem Goldberger Thore und der Promenade, unmittelbar an dieser belegenen Besitzung soll wegen Veränderung des Wohnortes des Besitzers aus freier Hand verkauft werden. Sie besteht aus einem Wohnhause mit 16 heizbaren Piecen, mehreren Kabinetts und Kammern, großem Bodenraum, einem Gewölbe und 6 Kellern, einem Nebengebäude, worin Stallung für 4 Pferde und eine Kuh, 2 Wagen-Remisen mit Raum für 6 Wagen, Waschküche und Mangel und einer Garten- und Badestube, Holzstall und Kohlengelaß, Hofraum und einem Obst-, Blumen- und Grasgarten mit fließendem Wasser begrenzt. Kauflustige können sich zur näheren Auskunft und Einsicht der Bedingungen bis Ende dieses Monats bei mir melden. Liegnitz, den 15. Sept. 1849.

Haffe, Justizrath.

Eine neue ländliche Besitzung, 5 Meilen von Berlin, worin Ackerbau, Gastwirtschaft und Material-Handlung betrieben wird, soll verkauft oder auf 12 Jahre verpachtet werden. Kaufpreis 6500 Rthl., Anzahl beliebig. Jährlicher Pachtzins 300 Rthl. Zur Pachtübernahme, die jederzeit erfolgen kann, sind 1000 Rthl. erforderlich. Das Nähere auf frankirte Briefe durch Wisnmann in Hefelberg bei Neustadt a. d. B.

Uhren-Verkauf.

Veränderungshalber sollen zwei neue Uhren, eine 8 Tage gehende Probenuhr mit schwerem Pendel, die Linse 10 Zoll Durchmesser, mit stehender Sekunde etc., ferner eine Fensteruhr mit zwei Zifferblättern, 14 Tage gehend, die Uhr hängt oben in der Schneide und bewegt sich selbst, auch stehender Sekunde, — verkauft werden. Das Nähere ist bei Herrn Vogt, Uhrmacher, Kleine Groschengasse 32, 3 Treppen hoch zu erfahren.

Am 16. September ist zwischen dem Paradeplatze und der neuen Taschenstraße eine einfache goldene Lognette verloren worden. Der ehrliche Finder erhält Stadtgraben 21, 2 Treppen hoch, eine angemessene Belohnung.

Bewährt befindenes Mittel, die **Hämorrhoiden** (gold. Ader) auf leichte Art in 4 Wochen für immer los zu werden, ist für 1 Thaler zu haben, in Breslau auf dem Neumarkt Nr. 7, 4 Stiegen, vornheraus.

Unter liebevoller Behandlung und gegen mäßiges Honorar kann „sein Weiskähen und Stricken“ erlernt werden bei

Herrn Friedrich, Heiliggeiststr. 17, 1 Stiege.

Schweizerhaus.

Mittwoch den 19. Sept.:

legte Sommer-Nacht.

Im Bahn'schen Lokal,

Dienstag den 18. September

eine illuminierte Herbst-Nacht.

Großes Konzert von 2 Musik-Chören.

Elisenbad.

Heute, Dienstag den 18. September, großes Konzert nebst Beleuchtung des noch im größten Blüthenflor prangenden schönen Gartens. Anfang 3 Uhr. Entrée à Person 1 Sgr.

Bischoff's Restauration, Ring Nr. 48, ! Immer Vergnügt!

Heute Abend großes Wurst-Abendbrodt mit Konzert.

Fleisch-Ausschieben,

Dienstag den 18. d. M., Matthiasstr. Nr. 16 bei Schmidt.

Gasthofs-Empfehlung.

Hiermit erlaubt sich der unterzeichnete seinen vor Kurzem übernommenen Gasthof, genannt zum „Elisium“ zu Dels, allen hohen Herrschaften und dem reisenden Publikum geneigtest zu empfehlen; es wird sein eifrigstes Bestreben stets darauf gerichtet sein, die Zufriedenheit aller ihn Besuchenden zu erreichen, und bittet, durch recht zahlreichen Besuch sich gütigst davon überzeugen zu wollen. Dels, im September 1849.

Heinr. Zoppf.

Ein Gütchen mit guten Gebäuden und fleckfähigem Boden, im Preise von 12 bis 20,000 Thalern, wird zu kaufen gesucht, und bittet man die desfallsigen Anträge mit möglichst genauer Beschreibung des Gutes in frankirten Briefen unter der Adresse F. G. Nr. 7 poste restante Reife zur Post zu geben.

Preßhese

von Dürsthoff in Dresden ist täglich frisch zu haben bei C. G. Ossig, Nikolai- u. Herrenstraßen-Ecke 7

Aechte

Carl. Blumenzwiebeln

offerirt laut Katalog:

Julius Wouhaupt, Abrechtsstr. 8,

Ein gebrauchter Rollwagen

wird zu kaufen gesucht Abrechtsstr. Nr. 14 im Comptoir.

Zu verkaufen:

ein Paar sehr gute Pistolen und zwei Gebett Betten, Kupferschmiedestraße Nr. 64, bei Frau Theiner.

Eine Familie in Oberschlesien sucht für 2 Mädchen von 6 bis 7 Jahren eine Gouvernante. Nähere Auskunft ertheilt Madame Pilmeyer, Weidenstraße Nr. 6.

Ein Knabe, welcher Lust hat, Goldarbeiter zu werden kann sich melden Oderstraße 15.

Oblauer Straße Nr. 8 sind noch Wohnungen verschiedener Größe und ein Comptoir sofort oder zu Michaelis zu vermieten. Näheres bei dem Haushälter daselbst und Neue Taschenstraße Nr. 4, eine Treppe hoch.

Bald oder Michaelis zu vermieten:

Eine angenehme Wohnung von 4 Stuben, 1 Kabinet, 1 Kochstube, mit Benutzung eines hübschen Garten, für 100 bis 110 Thaler. Vorderbleiche Nr. 5. Auch Stallung und Wagen-Schuppen.

Königs-Platz Nr. 4

ist par terre eine Wohnung von 5 Stuben nebst Beigelaß zu vermieten und Weihnacht zu beziehen.

Neue Taschenstraße Nr. 4

sind noch Wohnungen verschiedener Größe, Stallungen und Remise, sofort oder zu Michaelis zu vermieten. Näheres daselbst eine Treppe hoch.

An der Promenade

ist unter Mitbenutzung des Gartens eine freundliche Wohnung, bestehend aus 4 zweifenskrigen Zimmern, Kabinet, Küche, Entree, Keller und Bodengelaß, zu vermieten. Das Nähere zu erfragen Heiligegeistgasse Nr. 18 beim Wirth zwischen 1 und 3 Uhr Nachmittags.

Albäckerstraße Nr. 61 ist die erste Etage, 4 Stuben, Kabinet, Küche etc. zu vermieten und Michaelis zu beziehen; dieselbe kann getheilt werden. Näheres par terre rechts.

Wohnungen von vier und fünf Stuben sind Gartenstr. Nr. 34, vis-à-vis des Weißgartens, nebst Pferdewall und Garten zu beziehen.

Eine Wohnung von 3 Stuben, Kochstube nebst Zubehör ist Matthiasstr. Nr. 12 im ersten Stock zu vermieten, zum 3. Okt. zu beziehen. Näheres bei der Wirthin, par terre.

Agnesstraße Nr. 10, im ersten Stock, sind zwei gut möblirte Zimmer bald zu beziehen.

Antiquar Karl W. Böhm, am Neumarkt Nr. 17 offerirt: Bulwer's Romane. 30 Bde. in sehr eleg. Halbzb. statt Ep. 5 1/2 Rthl. noch neu, f. 2 Rthl. Tiebge's Elegien. 3 Bde. noch ganz neu, f. 1 Rthl. Bürger's sämmtl. Werke. 6 Bde. fast neu, 2 Rthl. Freiherr v. Aussenberg, Trauerspiele, dramat. u. vermischte Werke. 1844. vollst. 21 Bde. fast ganz neu, statt 18 Rthl. f. 4 Rthl. Bulwer, the complete works. 20 Bde. ganz neu, f. 8 Rthl. Marryat, the complete works. 14 Bde. 1842. ganz neu, f. 6 Rthl. Müller (Pouillet), Grd. d. Physik, f. 1 1/2 Rthl. Döbel, Jäger-Praktika. 3 Bde. mit Kupf. 1828. statt 10 Rthl. noch neu, f. 4 Rthl. Reichenbach, die Hunderaten, in 139 illum. Abbildungen. 1835. ganz neu, statt 2 2/3 Rthl. f. 1 1/2 Rthl. Litrow, die Wunder d. Himmels, mit 117 Abbild. 1837. statt 3 1/2 Rthl. ganz neu, f. 2 Rthl. Hummel's große Klavierschule. 2 Bde. Folio, st. 16 Rthl. f. 5 1/2 Rthl. Duflos, pharmac. Experimentalchemie. 1843. noch neu, statt 4 Rthl. f. 2 1/2 Rthl. Tiebge's Urania, noch neu, f. 20 Sgr.

Durch gewaltsames Erbreechen meiner Wohnung am 16. Sept. wurde mir eine Stuhuhrentwendet (4 Mahagonisäulen mit vergolbten Kapitälern, deutsches Zifferblatt mit vergoldetem Rand). Es wird gebeten, den Verkäufer dieser Uhr gleich fest zu nehmen.

N. Franke,

Klosterstraße Nr. 2, im römischen Kaiser.

Durch den Tod meines Mannes bin ich genöthigt, Seidenraupen-Eier und über 16,000 Stück 2-, 3-, 4- und 6-jährige Maulbeer-Bäume möglichst bald und sehr billig zu verkaufen.

N. Starke in Silberberg.

Eine herrschaftliche Wohnung im zweiten Stock, bestehend in 6 Stuben nebst Beigelaß, 2 kleine desgleichen, bestehend in 2 Stuben, Küchenstube und Alkove sind Michaelis d. J. zu beziehen Schuhbrücke 32.

Vermietungs-Anzeige.

Eine große Wohnung mit Balkon mit der Aussicht zur Promenade, nebst Stallung und Wagenplatz, sowie mittlere und kleinere Wohnungen sind Sandstraße Nr. 12 billig zu vermieten und bald oder zum 1. Oktober d. J. zu beziehen. Das Nähere daselbst beim Haushälter.

Im neuerbauten Hause, Schuhbrücke Nr. 13, Ecke der Kupferschmiede-Straße ist eine aus 5 Zimmern nebst Beigelaß bestehende und mit allen sonstigen Bequemlichkeiten versehene Wohnung zu vermieten und zu Michaelis zu beziehen.

Garten zu vermieten. Behm-damm Nr. 11b Garten, 2 Glashäuser, nebst Wohnung, von Michaelis ab bei H. Schmidt.

Wohnungs-Vermietung.

Büttnerstraße Nr. 3, im 1. Stock, ist eine schöne Wohnung von 4 Piecen billig zu vermieten. Das Nähere im 1. Stock.

Zu vermieten

ist Ohlauer Straße Nr. 14 die dritte Etage, bestehend aus 4 Stuben, 2 Alkoven nebst Beigelaß. Näheres beim Wirth.

In einer Hauptstraße

hierorts ist eine Wohnung zu 62 Rthl. zu vermieten. Näheres Blücherplatz Nr. 11, erste Etage rechts.

Ein möblirtes Zimmer nebst Kabinet im ersten Stock ist vom 1. Oktober ab zu vermieten Hummeret Nr. 3.

Abrechtsstraße Nr. 44 ist eine möblirte Stube nebst Kabinet zu vermieten.

Schmiebedrücke Nr. 58 ist eine Vorderstube im zweiten Stock zum 1. Oktober zu vermieten. Näheres im Kürschnergewölbe.

Auktionen in Breslau.

19. Septbr., Vorm. 9 Uhr, und folg. Tage, im alten Rathause: eine Partie Porzellan. 19. Septbr., Vorm. 10 Uhr, im Haupt-Steueramt, Werderstraße Nr. 28: 14 Ctr. Naturlatur und 2 Ctr. Blei.

Börsenberichte.

Paris, 13. September. 3% 55. 95. 5% 88. 35. Breslau, 17. September. (Amtlich.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dufaten 96 Gl. Kaiserliche Dufaten 96 Gl. Friedrichs'or 113 1/2 Br. Louis-d'or 112 1/2 Br. Polnische Courant 94 1/2 Gl. Oesterreichische Banknoten 94 1/2 Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101 Gl. Freiwillige Preussische Anleihe 105 1/2 Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthl. 3 1/2 % 89 1/2 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 99 1/2 Gl. neue 3 1/2 % 89 Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthl. 3 1/2 % 95 Br., Litt. B. 4% 99 Br., 3 1/2 % 90 Gl. Alte polnische Pfandbriefe — neue 94 Gl. Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 82 1/2 Br. Oberschlesische Litt. A. 105 1/2 Gl., Litt. B. 103 1/4 Br. Krakau-Oberschlesische 58 1/2 Br. Niederschlesisch-Märkische 83 1/2 Gl. Köln-Mindener 93 1/2 Gl. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 49 1/2 Gl. Wechsel-Course: Amsterdam 2 Monat 142 1/2 Br., Berlin 2 Monat 99 1/2 Gl., f. Sicht 100 1/2 Br., Hamburg 2 Monat 150 1/4 Br., f. Sicht 150 1/2 Br., London 3 Monat 6. 25 1/2 Br.

Wochenbericht der Berliner Börse.

Bei Eröffnung der Börse in der verfloffenen Woche zeigte sich nach Fonds und Prioritäts-Aktien viel Begehrt, der bis heut fortbauerte. Eisenbahn-Aktien waren dagegen flau, erholten sich aber in den letzten Tagen der Woche und schließen heut wie fast alle Effekten 1/2 bis 1%, einige sogar 2% höher, als zu Anfang der Woche. Theils auswärtige Notirungen, theils eingegangene Kauf-Aufträge von außerhalb, hauptsächlich wohl aber die Ankäufe von Privaten veranlassen diese Steigerung. Allem Anschein nach gehen preuss. Fonds und garantirte Eisenbahn-Prioritäts- wie Stamm-Aktien noch höher. Das Flüssigwerden vieler Kapitalien zu dem bevorstehenden Quartal übt einen entscheidenden Einfluß. — Fonds schließen, wie erwähnt, durchschnittlich 1/2 bis 1% höher als vor 8 Tagen, Eisenbahn-Prioritäts-Aktien 1 à 3%, Stamm-Aktien ebenfalls 1/2 bis 2% höher, nur Bergisch-Märkische sind um 2% und Mecklenburger um 1 1/2% gewichen.

Mit Weizen, wovon viele Zufahren aus Schlesien eingetroffen, war es in letzter Woche stille und sind à 47 bis 54 Thlr. (nach Qualität) Verkäufe abgeschlossen worden. Roggen ist in Folge besserer Berichte von Stettin gestiegen, jedoch ist er heut wieder um 1/2 Thlr. niedriger, loco 24 1/2 à 26 Thlr., pro September Oktober 25 Thlr. Br., 24 1/2 Thlr. bez., pro Frühjahr 1850 27 Thlr. Br., 26 3/4 bez. und Gl.

Del fest durch Blanco-Deckungen, loco 14 1/2 Br., 14 1/2 Gl., pro September Oktober 14 1/2 à 1/8 bez. Spiritus flau loco 14%, pro Frühjahr 14 1/2 à 3/4 Thlr.